

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Donnerstag, den 27. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Englands innere und äußere Politik.

Die verfloßene Parlamentssession Englands war, wie der Londoner Korrespondent der „Dresdener Volkszeitung“ mitteilt, verhältnismäßig reich an gesetzgeberischen Arbeiten und wichtigen inner- und außerpolitischen Erörterungen, obschon nur zwei Gesetzesvorlagen von großer Bedeutung endgültig verabschiedet worden sind. Es sind dies die Alterspensionen-Vorlage und die Irische Universitäts-Bill. Mit der ersteren hat die Regierung ein jahrzehntealtes Versprechen mit Ach und Krach eingelöst. Die vielen einschränkenden Bestimmungen machen das Alterspensionen-Gesetz als eine praktische Maßregel nahezu wertlos; der einzige Trost ist, daß dank seiner prinzipiellen Grundlage mit der Zeit etwas Ordentliches daraus gemacht werden kann. Mit der Irischen Universitäts-Bill hat die Regierung eine gefährliche Klippe glücklich umschifft; dadurch, daß sie den Katholiken eine besondere Universität einräumte, hat sie die Home-Ruler einige Zeit zum Schweigen gebracht, ohne doch die Tories herauszufordern. Freilich war dieses Kunststück nur durch ein neues Entgegenkommen an das religiöse Sektierertum im Unterrichtswesen fertigzubringen.

Außerdem ist eine Reihe anderer Vorlagen in der parlamentarischen Verhandlung mehr oder weniger fortgeschritten, ohne aber noch Gesetz geworden zu sein. Die wichtigste darunter ist die Achtstunden-Vorlage für Bergarbeiter, welche glücklich bei der Kommissionsberatung angelangt ist. Diese Bill ist nicht nur von den Kohlenbaronen, sondern von Unternehmern und Unternehmerorganisationen aller Branchen mit einer Heftigkeit und Einmütigkeit angegriffen worden, welche von einer Klassenolidarität im englischen Unternehmertum Zeugnis ablegt, an der sich die Arbeiter ein Muster nehmen könnten. Ihre Agitation hat auch ihren Eindruck auf die Regierung nicht verfehlt, und diese hat sich bereit, für eine Übergangszeit von fünf Jahren aus dem Achtstundentag einen Achteinhalbstundentag zu machen. Aber auch so wird die Arbeiterpartei alle ihre Energie aufwenden müssen, soll die Vorlage in der Herbstsession nicht unter den Tisch fallen. Von anderen Vorlagen der Session sind noch die Kinder-Bill, welche besondere Gerichtshöfe für jugendliche Missetäter vorsieht, weiter die Städte-Planungs-Vorlage und die Londoner Hafen-Vorlage zu erwähnen.

Die Frauenwahlrechts-Vorlage ist im Unterhause in zweiter Lesung angenommen worden, jedoch wird die Regierung ihren weiteren Fortschritt verhindern. Dagegen hat der Ministerpräsident eine umfassende Wahlrechtsreform auf demokratischer Grundlage zugesagt. Die Zukunft dieser Frage wird zum großen Teil davon abhängen, ob die Arbeiterpartei und die sozialistischen Organisationen es verstehen werden, das Interesse des Volkes auf das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter zu vereinigen.

Knapp vor Vorentscheid haben die Regierung und das Unterhaus einen unerwarteten Triumph über das Oberhaus errungen. Die Lords wollten die Alterspensionen-Vorlage verstimmen, mußten aber auf den Protest des Unterhauses schmächtig den Rückzug antreten. Der Fall zeigt wieder, was die Regierung und das Unterhaus zu tun haben, wenn sie es mit der Bekämpfung der Lords ernst meinen. Sie haben einfach ehrliche Reformen einzubringen, an deren Verwirklichung die Masse des Volkes ein erhebliches Interesse hat, dann braucht ihnen vor dem Widerstand der Lords nicht bange zu sein. Diese werden bei der ersten Drohung demütig ihren Rücken beugen.

Alles in allem genommen, ist die abgelaufene Session vom Standpunkte der Regierung als ein mäßiger Erfolg zu bezeichnen. Wenn ihr Ansehen im Lande auch nicht gerade gewachsen ist, so ist sie doch ohne besonderen Schaden davongekommen. Dies hat sie aber nicht so sehr dem zu danken, was sie in dieser Session geleistet hat, sondern vielmehr dem, was sie zu leisten unterlassen hat. Die zwei großen, parteipolitisch wichtigsten Vorlagen der Session, die Schulvorlage und die Schankkonzessionen-Vorlage, welche die eigentliche Gefahr für die Regierung darstellten, sind entweder gar nicht oder nur wenige Schritte vorwärts gekommen. Die Schankvorlage soll in der Herbstsession schleunigst das Unterhaus passieren, sie wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach vom Oberhause zurückgewiesen werden. Von der Schulvorlage ist seit geraumer Zeit überhaupt nichts mehr zu hören; offenbar wird an irgend einem faulen Kompromiß gebräut. Die Regierung wird es zweifellos ebenfalls für einen Erfolg ansehen, daß sie das Geschrei der Reaktionäre über

die „sozialistische“ Gesetzgebung zum Schweigen gebracht hat. Waren einige längst fällige soziale Reformen auch nicht länger hinauszuschieben, so hat die Regierung im Laufe der Session genügende Beweise dafür erbracht, daß sie nicht gesonnen ist, die Interessen der bestehenden Klassen zu schädigen, um der Arbeiterpartei politische Triumphe zu sichern. Den Forderungen der Arbeiterpartei hat sie in den meisten Fällen hartnäckig Widerstand geleistet; dies gilt in erster Linie hinsichtlich der Arbeitslosen-Vorlage der Arbeiterpartei, die dasselbe Schicksal erlebte, wie die vielen Währungsanträge zur Alterspensionen-Vorlage, mit denen die Arbeiterpartei sich bemühte, eine wirklich brauchbare Reform zu schaffen.

In der äußeren Politik und Kolonialpolitik bedeutet die verfloßene Session ein weiteres Hinabgleiten auf der Bahn der Reaktion. Die Verbrüderung mit dem Zarentum und die Nicht-Interventionspolitik in Persien wurden vom Minister für äußere Angelegenheiten im Parlamente in einer Weise begründet, welchen allen liberalen Prinzipien englischer Außenpolitik vergangener Jahrzehnte ins Gesicht schlug. Diese Politik trägt zum Teil auch die Schuld daran, wenn der Gegensatz zu Deutschland heute schärfer hervortritt als je. Das haben alle friedensfreundlichen Reden des Lord George — der übrigens als Schatzkanzler wegen der bevorstehenden neuen Flottenrüstungen besorgt ist — nicht zu verhindern vermocht, und der hier abgehaltene Friedenskongress war ein Prediger in der Wüste. Im Gegenteil, die deutsche Invasions-Panik hat sich in den letzten Wochen noch außerordentlich verstärkt, und hat heute sogar schon einzelne der besten englischen Sozialisten, von denen man es am wenigsten erwartet hätte, erfaßt. Freilich müssen die fieberhaften Flottenrüstungen Deutschlands, über deren Zweck ja kein Zweifel möglich ist, zu Unruhe und Haß diesseits der Nordsee Anlaß geben, doch sollte man meinen, daß die Hege gegen Deutschland ruhig den Reaktionären und Imperialisten überlassen bleiben könnte. Die einzige Hoffnung ist auch hier die Interessen-Solidarität der Arbeiterpartei der beiden Länder, von deren Erkenntnis die englische Arbeiterpartei gerade jetzt ein bereites Zeugnis abgelegt hat.

Die Tätigkeit der Arbeiterpartei während der Session darf als zufriedenstellend bezeichnet werden. Sie hat zwar wenig oder gar keine unmittelbaren gesetzgeberischen Erfolge zu verzeichnen, aber es wird von Freund und Gegner anerkannt, daß fast alles, was an sozialen Reformen von der Regierung geleistet worden ist, in erster Linie ihrem Einflusse zu verdanken ist. Die Reden Macdonalds und Graysons über die Arbeitslosen-Vorlage, Snowdens über das Budget und Barnes' über die Alterspensionen waren vorzügliche Leistungen. Die Proteste gegen die Russifizierung Indiens und die gewissenlose Raubmord der südafrikanischen Kolonisten haben einen tiefen Eindruck gemacht. Aber noch mehr als in der inneren Politik hat sich die Arbeiterpartei in der äußeren Politik Lorbeeren erworben. Noch niemals hat die Arbeiterpartei annähernd so regen Anteil an der äußeren Politik genommen, wie in dieser Session. Insbesondere die Reden O'Grady's und Keir Hardies gegen das Zarentum können nicht hoch genug angeschlagen werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß sie weniger von einem klaren Verständnis der politischen Interessen des internationalen Proletariats, als von einem allgemeinen Menschlichkeitsempfinden und einem dunklen Solidaritätsgefühl eingegeben gewesen sind. Auch muß beklagt werden, daß die Arbeiterpartei zur Flottenrüstungspolitik und skrupellosen Kriegshekerei auch diesmal noch keine Stellung im Unterhause genommen hat. Dennoch gehört schon die Tatsache, daß die Arbeiterpartei auch in der äußeren Politik die Interessen der Massen zu vertreten beginnt, zu den hoffnungsvollsten Anzeichen der englischen Politik überhaupt. Dies ist heute, wo die geheime Diplomatie mehr denn je überwuchert und die Mächenschaften des unverantwortlichen Königs zu einem Faktor in der Weltpolitik geworden sind, doppelt notwendig. Nur wenn die Arbeiterpartei ihrer Aufgabe gerecht wird, kann auch verhindert werden, daß die Volksvertretung überhaupt jedes Einflusses auf die äußere Politik beraubt werde. In dieser Beziehung muß der Schluss der Session jeden Freund der Demokratie mit banger Sorge erfüllen. Es ist innerlich, daß das folgen schwere englisch-russische Abkommen über Vorderasien während der letzten Parlamentsferien abgeschlossen wurde. Die diplomatischen Giftmischer leben es nicht, bei ihrem Werke vom Parlamente gestört zu sein. In Mazedonien hat ihnen der Sieg der Jungtürken vorläufig das Spiel verdorben, aber in Persien und namentlich im Kongo kann es sehr leicht geschehen, daß das englische Volk und die Welt wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden, ehe das Parlament im Oktober wieder zusammentritt.

## Der neue Herr von Gottes Gnaden.

Mulay Hafid ist seit dem 22. d. M. der einzige Sultan von Marokko. Es ist ihm gelungen, seinen Bruder, den bisherigen rechtmäßigen Sultan Abdul Afis, den Unterzeichner der Algecirasakte, so entscheidend aufs Haupt zu schlagen, daß dieser jeden Gedanken an einen etwaigen Wiederantritt seiner Herrschaft aufgeben mußte. Abdul Afis geht nach Damaskus, um über die Vergänglichkeit aller irdischen Größe nachzudenken; den brüderlichen Bruder aber, der dem schwachen Manne das Szepter entriß, grüßt die offizielle Welt Europas nunmehr mit tiefem Neigen des Hauptes als Seine Scheriffische Majestät Mulay Hafid, von Gottes Gnaden Sultan von Marokko.

In keinem Lande der Welt hat diese wilde Majestät und ihre abenteuerliche Laufbahn mehr Beifall gefunden als in Deutschland, und gegen die Popularität, die ihm die alldeutsche Heppresse verschaffte, kann selbst der Hauptmann von Köpenick schwer aufkommen. Vielleicht verkauft auch der Sultan Mulay Hafid in ein paar Jahren Ansichtskarten im Panoptikum, denn man kann nie wissen, was in der Welt passiert, und in Marokko erst recht nicht. Mulay Hafid aber ist jetzt schon ein von der Gesellschaft beachtet, denn er ist mit deutscher Freundschaft belastet, wie der arme Paul Krüger, der sein Vertrauen zu Deutschland mit dem Verlust seiner Herrschaft bezahlte, wie der General Stöbel, der den pour le mérite erhielt und beinahe gehängt wurde, wie der Graf Goluchowski, der sofort, nachdem er einige auffallende Berliner Auszeichnungen erfahren hatte, in der Berenkenung verschwand, wie der türkische Großwesir, der seinen eben angekommenen Schwarzen Adler gerade noch hastig in den Koffer werfen konnte, bevor er vor der jungtürkischen Revolution davonlief, und wie der unselbige Abdul Afis selber, der jetzt die Fehler, die ihn einst sein Vertrauen zu Deutschland begehren ließ, mit dem Verluste seines Thrones bezahlt.

Die offiziöse und alldeutsche Presse — leider läßt sich nie recht unterscheiden, wo die eine anfängt und die andere aufhört — jubelt über den Sieg Mulays und die Niederlage Abduls, gleich als ob der erste ein preussischer General, der zweite aber ein Selbherr der erbfeindlichen Republik wäre. Vor drei Jahren aber, als die Kunde kam, daß die Souveränität Abduls durch die bösen Franzosen bedroht sei, fuhr der deutsche Kaiser auf seinem schnellsten Schiffe nach Tanger und tauchte mit dem Sultan Freundschaftsbezeugungen aus. Abdul Afis schenkte damals Wilhelm II., der Sitte des Landes gemäß, eine Menge Kinder und Schafe. Wilhelm II. aber erklärte, er besuche den Sultan als unabhängiger Herrscher, er teile dessen Gefühle und hege die aufrichtigsten Wünsche für ihn und sein Land. Wer illustrierte bürgerliche Journale liest, kennt noch aus jenen glücklichen Tagen das Porträt des „sympathischen und intelligenten jungen Herrschers“. Heute aber deklamiert irgend ein Kasperle höhnisch in der „Täglichen Rundschau“:

Befiegt und geschlagen das tapfere Heer  
Und der Kaiser, der Kaiser gefangen.

Mulay Hafid ist also im Lande des „Sultan el Bruz“ der Held des Tages. Warum, weiß freilich keiner recht zu sagen. Man erwartet von Mulay Hafid, daß er seine Selbständigkeit gegen Frankreich verteidigen und sich dabei auf Deutschland stützen werde, weiß aber vorläufig nicht, worauf die Erwartung dieses höchst zweifelhaften Stückes beruht. Auch Abdul Afis hat einst die Rolle gespielt, die man jetzt seinem siegreichen Bruder zumeist, als er aber so naiv war, von Deutschland ein Einschreiten zu seinen Gunsten zu verlangen, da war die deutsche Regierung klug und korrekt genug, sich auf die Algecirasakte zurückzuziehen und zu erklären, daß es allein, ohne Zuziehung der anderen Signatarmächte nichts mehr in marokkanischen Angelegenheiten zu tun vermöchte. Nun verschwindet Abdul Afis, der sich damals von Deutschland endgültig los sagte und zu spät sein Heil bei den Franzosen suchte, von der Bildfläche, aber die Akte von Algeciras bleibt. Diese Akte, die tatsächlich mit einigen Einschränkungen Marokko unter die Vormundschaft der europäischen Mächte stellt und Frankreich unter spanischer Aufsicht mit der Führung dieser Vormundschaft beauftragt, macht es einer einzelnen Macht ein für allemal unmöglich, zugunsten des Sultans selbständige diplomatische Schritte zu unternehmen. Deutschland hat also, wenn es sich an die Akte von Algeciras hält, dem neuen Herrn von Marokko nichts zu bieten. Man wirft Frankreich vor, daß seine Marokkopolitik mit jener Akte nicht in Übereinstimmung zu bringen sei. Aber Recht und Unrecht dieser Beschuldigung haben aber nur zwei Instanzen zu urteilen, nämlich die französische Kammer und die Gesamtheit der Mächte, welche die Akte von Algeciras unterzeichnet haben. Sollte sich die Spannung, die zwi-



schon dem neuen Sultan und der Französischen Republik befehlt, verschärfen und komplizieren, so kann Deutschland zugunsten des Sultans weiter nichts tun, als etwa die Einberufung einer neuen Konferenz fordern, die den Streitfall zu sachlicher Entscheidung zu bringen hätte. Es ist also nicht einzusehen, wozu die alldeutsche Presse, einschließlich der freisinnig-offiziösen „Vossischen Zeitung“, plötzlich angefangen hat die Vertreibung ihres ehemaligen besten Freundes ein arabisches Siegesgeheul anstimmt und über die Marokkopolitik der französischen Regierung mit den tollsten Schimpfereien herfällt. Auch auf diese Weise wird es nicht gelingen, den Furor teutonius im deutschen Volke zu entfesseln, das die marokkanischen Streitigkeiten nun wirklich satt bis über die Ohren hat.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Blockfreisinn und Pressefreiheit.

Aus Greifswald wird ein nettes freisinniges Heftenstück gemeldet: Die Stadtverordneten-Versammlung, in der hervorragende Freisinnssführer sitzen, war in Konflikt geraten mit dem Redakteur des amtlichen Kreisblattes, der den Herren Stadtverordneten nicht objektiv genug berichtete. In der letzten Sitzung des Kollegiums wurde nun mit 12 gegen 11 Stimmen ein Beschluß gefaßt, wonach dem verantwortlichen Redakteur des amtlichen Kreisblattes das „Mißfallen des Kollegiums ausgesprochen wurde wegen der unrichtigen und parteiischen Berichterstattung über die letzten Sitzungen und wegen seiner unpassenden Angriffe auf ein Mitglied des Kollegiums.“ Die freisinnigen Begründer des Antrages meinten: unmöglich können wir einem Redakteur gestatten, daß er bringt, was ihm paßt, und was er für wichtig hält.“ Ein anderer Stadtverordneter erklärte das Kollegium für eine „heilige Stätte“, wenn der Berichterstatter nicht Ruhe halte, müsse er entfernt werden. Der Reichstags-Abgeordnete Professor Dr. Stengel bezeichnete den Redakteur als Strohhalm und verlangte Boykott des Kreisblattes.

Richtig wird schon sein, daß das Kreisblatt die Freisinnigen nicht gerade liebenswürdig behandelt, aber das ist doch kein Grund, nunmehr die Pressefreiheit zu beschränken. Der Freisinn muß schon stark auf den Hund gekommen sein, daß er zu den Waffen greift, die sich in seinen besseren Zeiten gegen ihn selbst kehrten und damals von ihm weiblich verhöhnt und verspottet wurden.

#### Die Februarerlasse von 1890.

Erinnerungen an Bismarck veröffentlicht wieder einmal H. v. Poschinger in der Wiener „N. Fr. Presse“. Wir entnehmen daraus das Folgende: Gelegentlich von Erörterungen über die Quibdesche Caligularose meinte Bismarck über den Kaiser: „Es wäre ihm mehr Geduld zu wünschen, am Studiertisch zu sitzen. Schlimm ist es, daß er Einbläsern folgt.“ — Er kann den Augenblick, da er als der große Weltbeglückter dasteht, nicht erwarten. Auch die Arbeiterproklamationen (gemeint sind die Februarerlasse von 1890, Red.), die eigentlich den Anstoß zu unserer Trennung gegeben haben, gehören in dieses Kapitel. Der Kaiser versprach sich davon goldene Berge; ich sagte, nachdem ich das Schlimmste daraus entfernt hatte: das Beste ist, Majestät zerreißen dieselben und werfen die Stücke ins Feuer. Er aber ließ sich nicht überreden, glaubte, damit die Sozialdemokraten wie mit dem Speck die Maus zu fangen, und wünschte, dieselben sollten sofort in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden.“ — Durch diese Veröffentlichung wird in geradezu klassischer Weise aufs neue bestätigt, daß mit den Februarerlassen ganz andere Zwecke verfolgt wurden, als die offiziöse Presse damals glauben machen wollte. Freilich ließen sich die Sozialdemokraten, die das Spiel sofort durchschauten, nicht wie Mäuse mit Speck in eine Falle locken.

#### Etwas Neues vom doppelzüngigen Freisinn.

Die „Freisinnige Zeitung“ brachte gestern einen Leitartikel über den kleinen Befähigungsnachweis. In zwei Spalten wird der in der letzten Reichstagsession beschlossene Gesetzesentwurf nach allen Richtungen besprochen, und das Ergebnis der Besprechung gipfelt in folgendem Schlusssatz:

„Das ist also das schöne neue Gesetz, wie es nunmehr mit seinen Ausführungsbestimmungen vom 1. Oktober d. J. ab die Handwerkerwelt beglücken wird. Dieses Gesetz, so gut es gemeint sein mag, und so sehr es den Wünschen mancher Kreise entgegengekommen sein mag, bedeutet für den Unbefangenen, wie man es auch drehen und wenden mag, in seiner Gesamtheit doch nichts anderes als Reaktion und nochmals Reaktion.“

So die „Freisinnige Zeitung“ am 26. August. Am 27. Februar sprach der freisinnige Abgeordnete Carstens in der ersten Lesung dieses Gesetzes von dem „an sich harmlosen und unpolitischen Gesetzesentwurf“ und er faßte sein Schlusssatz in die folgenden Worte zusammen:

„In bezug auf den vorliegenden Entwurf sind wir aber der Meinung, ihm zuzustimmen, weil wir uns sagen, daß für den Nachwuchs im Handwerkerstande, daß für den Bestand des Handwerkes selber sowie auch für das volkswirtschaftliche Leben und für das Gedeihen des Vaterlandes eine gute Ausbildung und Erziehung von wesentlicher Bedeutung sind. Wir schließen uns dem Wunsche der zustimmenden Fraktionen an und beantragen eine Kommissionsbildung von 21 Personen.“

In der 3. Lesung am 7. Mai hat denn auch die Freisinnige Fraktion einmütig für den Gesetzesentwurf gestimmt, der — mag man ihn drehen und wenden, wie man will — in seiner Gesamtheit doch nichts anderes ist, als Reaktion und nochmals Reaktion.

#### Reichsfinanzreform und Wahlrecht.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht der freikonser-vative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz im „Tag“ einen Aufsatz, in dem er an die Blockliberalen folgende Mahnung richtet:

„Wollten die Liberalen bei der Reichsfinanzreform mangels vorgängiger Erfüllung ihrer Wahlrechtswünsche ver-sagen, so würden sie den augenfälligen Beweis liefern, daß die konservativ-liberale Paarung nicht

auf den festen Fundamenten gemeinsamer, die ganze Politik beherrschender nationaler Gesinnung beruht, sondern nur eine politische Konstellation vorübergehender Natur ist. Von einer solchen vorübergehenden Erscheinung kann natürlich eine tiefergehende Wirkung auf die preussische Politik nicht ausgehen. Umgekehrt aber muß sich erfahrungsgemäß und naturgemäß aus dem von der gleichen deutschnationalen Gesinnung geleiteten Zusammenwirken bei einem so großen gesetzgeberischen Werke, dessen Durchführung für das Reich eine Lebensfrage ist, eine innere Annäherung der verschiedenen Glieder der Blockmehrheit untereinander und mit der Regierung entwickeln, die ihre Rückwirkung auf den Gang der inneren Politik Preussens nicht verfehlen kann. Erst mit der Durchführung der Reichsfinanzreform wird der Block den Nachweis seiner Existenzberechtigung als dauernder, ausschlaggebender Faktor geliefert und sich den Anspruch erworben haben, als solcher im Reich wie in Preußen behandelt zu werden. Daß hier der linke Flügel der gewinnende Teil sein würde, ist klar. Die von ihm handelnden nicht angehängelten Erfüllung der nationalen Pflicht bei der Reichsfinanzreform stellt diesem also auch politische Vorteile in Aussicht. Auch abgesehen aber davon, handelt es sich, wie Payer, Müller-Meiningen und andere linksliberale Parlamentarier mit erfreulicher Entschiedenheit hervorgehoben haben, einfach um die Erfüllung einer nationalen Pflicht, ihr sich wegen Nichterfüllung preussischer Wahlrechtswünsche entziehen zu wollen, wäre direkt Fahnenflucht.“

Es ist sehr charakteristisch, daß die blockliberale „National-Zeitung“ diese Mahnung ihren Lesern als eine „sehr beachtenswerte“ mitteilt. Freiherr von Zedlitz will den Blockliberalen eine „goldene Brücke“ bauen zum harmonischen Wirken mit der Reaktion: mit der Berufung auf „nationale Gesinnung“ sollen sie ihr Eintreten für die Reichsfinanzreform im Sinne der Regierung und die Zurückstellung ihrer Wahlrechtswünsche, d. h. die Verzichtleistung auf die Wahlrechtsreform in Preußen „rechtfertigen“.

Ungefähr so wird es wohl kommen. Die liberalen Blockgesellen möchten wenigstens zum Teil gern ein Stück Wahlreform aus der Blockkammer nach Hause bringen. Aber im Gefühl ihrer Schwäche wagen sie nicht zu fordern und der Regierung ein Ultimatum zu stellen: Entweder — oder; entweder ihr versteht Euch zur Wahlreform in Preußen oder wir lehnen jede Mitwirkung an der Finanzreform ab. Diese „Reform“ wird an die liberalen Politiker zweifellos so hohe Zumutungen stellen, daß sie froh sein müßten, sich jeder Mitverantwortung dafür entziehen zu können, wenn sie sie nicht ganz in ihrem Sinne gestalten können. Das ist aber völlig ausgeschlossen. So sollte nur eine vollwertige wirklich liberale Gegenseitigkeit, die auf dem Gebiete des Wahlrechts geboten werden könnte, die Liberalen zur Mitwirkung an der Finanzreform bewegen können. So sollte es sein, so müßte es sein, wenn die Blockliberalen noch wirklich liberal wären. Den Staatsmännern der liberalen Fraktionen ist es aber viel wichtiger, sich als Mitglieder der Regierungsmehrheit spreizen zu können. Und so werden sie wie die hungrigen Räder über den Knochen der „nationalen Gesinnung“ herfallen und ihn ihren Wählern als Beweis ihrer Gesinnungstüchtigkeit präsentieren.

#### Landtagswahlen in Anhalt.

Deinnächst finden in dem Herzogtum Anhalt Landtagswahlen statt. In unserem Anhalter Parteiblatt ist die Parole ausgegeben worden: gegen den Freisinn. In dem ersten Aufruf, welcher in dieser Beziehung erschien, wurde aufgefodert, bei Stichwahlen und wenn schon gewählt werden müsse, eher einen Konservativen, als einen der unzuverlässigen Freisinnigen zu wählen. Jetzt melden bürgerliche Blätter, daß alle bürgerlichen Parteien sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen haben. Die Beteiligung des Freisinn an diesem Kompromiß erklärt die „Frankf. Zig.“ damit, daß der Freisinn wegen der Verunglimpfungen seiner Führer seitens des sozialdemokratischen „Volksblattes“ nicht mehr — wie er es bisher aus taktischen Gründen getan habe — mit der Sozialdemokratie zusammengehen könne.

Die Differenzen zwischen Sozialdemokratie und Freisinn in Dessau sind alt, sie gehen bis auf die Zeit zurück, da Koeffike starb, der von den Sozialdemokraten stets Unterstützung fand. Ihren Ursprung haben die Differenzen anscheinend im Anhalter Landtag, wo es öfter zu heftigen Zusammenstößen zwischen Peus und dem Freisinnsführer Cohn kam.

Die Konservativen benützen die Gelegenheit, die Freisinnigen wieder einmal in der „Kreuzzeitung“ an ihre Blockhörigkeit zu erinnern; das Hammerstein-Organ nimmt es dem Freisinn übel, daß er erst Differenzen mit den Sozialdemokraten haben muß, bevor er sich den Konservativen ausliefert. Also besser parieren, und wenn nicht, dann bekommt der Freisinn die Rute zu fühlen; man höre nur, wie die Konservativen drohen:

„Die Freisinnigen in Anhalt hätten schon deshalb alle Veranlassung auch bei den Landtagswahlen mit den bürgerlichen Parteien Hand in Hand zu gehen, weil sie den von der Sozialdemokratie seit Jahren schwer bedrohten Reichstagswahlkreis Dessau-Zerbst nur noch mit Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien behaupten.“

Der Freisinn wird sich sicher folgsam erweisen.

#### Preussische Gendarmen als russische Handlanger.

Allem Anscheine nach gibt es in Oberschlesien Gendarmen, die es als ihre Hauptpflicht ansehen, der russischen Polizei Handlangerdienste zu leisten. Das „Berliner Tageblatt“ stellt aus einem bürgerlichen Blatte Oberschlesiens fest, daß im dortigen Industriebezirk die Auslieferungen mißliebiger russischer Staatsangehöriger fort-dauert. Vor vier Wochen erst verfuhrte ein Gendarm kurzerhand einen russischen Deserteur den russischen Behörden zu übergeben. Die Wachsamkeit des liberalen Bürgermeisters des betreffenden Ortes hinderte ihn noch rechtzeitig daran. Ganz eigenartig verfährt man mit den in Oberschlesien auf den Werken massenhaft tätigen russischen Arbeitern. Zwei russische Arbeiter wurden von der Ratowitzer Polizei abgefaßt, als sie eine sozialistische Versammlung besuchen wollten. Sie wurden zur Wache gebracht, man stellte ihre Personalien fest und ließ sie dann laufen. Nach einigen Tagen erschien

ein Gendarm, nahm den einen der beiden Arbeiter, f mit ihm nach dem russischen Sosnowice und übergab dort der russischen Polizei mit dem Bemerkung: „Der Mann ging bei uns in sozialistische Versammlungen!“ In Sosnowice wurde der Mann drei Wochen im Gefängnis festgehalten. Bei seiner Entlassung wurde ihm gesagt: Ein Stück, daß Sie nur Deutschland sozialistische Versammlungen besucht haben bei uns wären Sie verbannt worden.

Die preussischen Gendarmen sind somit noch russischer als die russische Polizei. Es entsteht außerdem die Frage, ob ein preussischer Gendarm das Recht hat, an eigene Faust, russische Staatsangehörige auszuliefern. Zum Dank dafür erschließen die russischen Grenzpostämter gelegentlich einen deutschen Grenzbewohner, der in die Nähe der Grenze wagt.

### Rußland.

**Hinrichtungen im Juli.** Laut Mitteilungen russischen Zeitungen wurden im Juli in verschiedenen Städten zum Tode verurteilt 161 Personen, darunter Odesa 20, Kiew 18, Charkow 18, Simferopol 16, Sadow 15, Warschau 14 usw. Die Nachrichten über direkte Todesurteile sind wie gewöhnlich nur sehr unvollständig. Es wurden in der Presse registriert 50 Hinrichtungen, darunter in Odesa 17, Saratow 7 usw. Wirklichkeit steht die Zahl der Hinrichtungen nicht weit hinter der der Todesurteile zurück.

### Amerika.

**Kriegsvorbereitungen.** „Daily Chronicle“ berichtet von Kriegsvorbereitungen Brasiliens gegen Argentinien. Es seien Agenten in Europa einetroffen zur Anwerbung von Artillerie- und Kavallerie-Offizieren sowie zum Ankauf von Munition.

### Vereinigte Staaten.

**Riefenunterschlagungen im Schachamt.** Chicago wurde ein gewisser George Figgel, der früher im dortigen Schachamt der Vereinigten Staaten als Kassier beamtet war, beschuldigt gewesen unter der Anschuldbung verhaftet, daß er vor 1 1/2 Jahren 173 000 Dollars unterschlagen habe. Verhaftete war schon bei der Entdeckung der Unterschlagung der Tat dringend verdächtig erschienen und deshalb sein Amtes enthoben worden; den fortgesetzten Nachforschungen der Behörden hatte er sich schließlich durch die Flucht entzogen. Jetzt ist der Verdacht neuerdings auf Figgel gelenkt worden durch die zahlreichen ausgedehnten Finanztransaktionen, an denen er beteiligt war, und durch sein sonderbares Angebot, 1000 Dollarsnoten für 500 Dollars zu verkaufen. Der Beamte leugnet zwar hartnäckig, aber er scheint schwer belastet, wenn nicht überführt, durch ein unbedachtes Wort seiner Frau, die bei seiner Verhaftung ausrief: „Endlich haben sie ihn!“

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 27. August.

**Achtung Bauarbeiter!** über die Siedbauarbeiten der Marli- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heldenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

**Achtung Maurer!** Wegen Akkordarbeit ist über die Siedbauarbeiten in der Marlistraße von über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heldenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren Jabs, Werderstraße, F. Mädel, Krempeborfer Chaussee. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünffhausen verhängt worden.

**Achtung Schuhmacher!** über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Hüterdamm 10, sowie Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtanerkennung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterschaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz nehmen.

**Die Zeitungen mit Unfallversicherung.** die in gleicher Maße Enttäuschungen für die Abonnenten nennenswerte Gewinne für die Verleger bringen, verstehen es trotz aller Mahnungen und Warnungen immer noch, eine große Zahl von Lesern anzulocken. Die Bedingungen sind fast überall dieselben. Große Summen werden bei einem Unfall mit tödlichem Ausgang oder gänzlicher Invalidität in Aussicht gestellt. Dann werden Einschränkungen über Einschränkungen gemacht, so daß Wirklichkeit nur ein ganz eng begrenzter Teil der Unfälle, von denen die Abonnenten der Versicherungspresse betroffen werden, Unfälle im Sinne der Versicherungsbedingungen sind. So gelten zum Beispiel als nicht ersatzpflichtige Unfälle Todes- bzw. Invalditätsfälle veranlaßt bzw. herbeigeführt durch richterliche Urteile, Kriege oder Mobilisierung von Militär, bürgerliche Unruhen, Tod, Aufruhr, innere Erkrankung, Krampf, Schwindel, Schlaganfall und epileptische Anfälle bzw. deren Folgen, Bruchleiden, Witterungseinflüsse, Sonnenstich, Operationen, die durch Erkrankung von Organen notwendig geworden, und Unfälle, die von der verletzten Person veranlaßt bzw. herbeigeführt sind durch grobe Fahrlässigkeit oder durch vorläufiges oder grobfahrlässiges Nichtbeachten der für den Schutz von Leben und Gesundheit bestehenden polizeilichen und gesetzlichen Vorschriften, sowie Unfälle, die sich beim Begehen einer nach dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich als Verbrechen oder Vergehen strafbaren Handlung ereignen. Ausgeschlossen von der Versicherung sind auch Berufsunfälle von Dynamit, Nitroglycerin, Pulver, Patronen, Schießbaumwolle, Sprenggeschöß, Zündhütchen, Zündspiegel, Zündstoff-Fabrikanten und Arbeitern. Für diejenigen Unfälle mit nachfolgendem Tode, die Bergleute in Bergwerken um Tag erleben, ist nur die Hälfte der Versicherungssumme (also 500 Mk. = Fünfhundert Mark) pro Person zu entrichten, ist der Unfall bzw. der Tod aber durch schlagen Wetter herbeigeführt, so soll er überhaupt nicht unter die Versicherung fallen und so gar keiner Entschädigung berechtigen. Todesfälle durch Ertrinken werden nur mit 750 Mark (Siebenhundertfünfzig Mark) entschädigt. Zu den Einschränkungen kommen dann noch Klauseln, die von den Abonnenten meist übersehen werden, wenn ihnen überhaupt zu Gesicht kommen. Jeder Unfall, für den diese Versicherung in Anspruch genommen werden soll, von dem Beschädigten oder dessen Rechtsnachfolger sofort spätestens binnen acht Tagen nach Eintritt der Direktion der Lebensversicherungsgesellschaft anzuzeigen und es sind außerdem weiteren auf den Unfall und dessen Folgen Bezug habenden Auskünfte und Atteste, die für erforderlich erachtet werden



spätestens innerhalb acht Tagen nach geschener Aufforderung dazu einzuziehen. Todesfälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Anzeige an die Lebensversicherungsgesellschaft gebracht werden. Der Verletzte hat sich übrigens sofort, spätestens innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall, in ärztliche Behandlung zu begeben. Ein anständiges literarisches Unternehmen darf sich nicht mit solchen Dingen überhaupt nicht befassen." So urteilte am 1. Mai d. J. Staatssekretär Nieberding über diese Sache. „Das Unmoralische, den öffentlichen Geist korrumpierende und Vergiftende liegt bei der Verquickung darin, daß Tausende von Menschen durch ihre „Zeitungsvericherung“ durch die Aussicht auf die versprochene Versicherungssumme verleitet werden, sich jede Art von Lektüre bieten zu lassen, gebildig und politisch charakterlos alles hinunterwürgen, was ihnen in derartigen Zeitungen vorgelesen wird.“ So schrieb das „Berliner Tageblatt“. Und darin sind wir mit ihm vollkommen einer Meinung. Darum Arbeiter, geht nicht auf den Leim, wenn euch solche korrumpierende Literatur angeboten wird. Fehlt euch ein Blatt, das über die Vorgänge des Tages unterrichtet, so abonniert den „Lübecker Volksbote“, der euch nicht nur unterrichtet, sondern, allen Anfeindungen zum Trotz, für euch mit Fähigkeit und Energie kämpft. Fort mit den Machwerken, die nur geschaffen wurden, um unter struppelosester Täuschung der Leser den Verlegern Millionen zuzuschlagen!

**Der Postprotest.** Im „Reichsanzeiger“ wurden die Abänderungen der Postordnung veröffentlicht, die sich infolge des Postgesetzes für Wechsel, Schecks u. als notwendig erwiesen. Die Vorschriften über die Art der zur Protestaufnahme durch die Post zulässigen Wechsel entsprechen den kürzlich erlassenen Bestimmungen des Reichsanzeigers. Neu wird jedoch vor allem die Gebührenfrage geregelt. Für die Überweisung des Wechsels, die an die Postanstalt am Wohnort des Bezogenen zu erfolgen hat, wird eine Gebühr von 30 Pfg. erhoben. Die Überweisung des eingegangenen Betrages erfolgt gegen die tarifmäßige Postanweisungsgebühr. Die Erhebung des Protestes durch die Post kostet bei Wechseln bis 500 Mk. 1 Mk., bei Wechseln über 500 Mk. 1,50 Mk. Zulässig sind bekanntlich bei Postprotest nur Wechsel bis 800 Mk. Für die Rücksendung des protestierten Wechsels nebst Protesturkunde werden 30 Pfg. erhoben. Demnach sind also die Gebühren dieselben wie bei gewöhnlichen Postaufträgen. Neu hinzugefügt ist nur die Gebühr für die Erhebung des Protestes. Bemerkenswert ist fernerhin, daß ein nicht bezahlter Wechsel bei der Postanstalt bis zum Schluß der Schaltstunden des ersten Werttages nach dem Zahlungstage des Wechsels zur Einlösung bereit gehalten wird. Erfolgt die Einlösung auch bis zu diesem Zeitpunkt nicht, so wird der Wechsel mit dem Postauftrag am zweiten Werttage nach dem Zahlungstage nochmals zur Zahlung vorgelegt. Bleibt die zweite Vorzeigung erfolglos, so wird gegen die im Postauftrage bezeichnete Person Protest nach den Vorschriften der Wechselordnung erhoben. Die Aufnahme des Protestes geschieht jedoch bereits nach der ersten Vorzeigung, wenn hierbei die Zahlung ausdrücklich verweigert wird.

**Das Gut Schönböken,** bisher dem bekannten Bürgerchaftsmitglied Lauenstein gehörend, soll vom Finanzdepartement für das Heiligengeistshospital, vorbehaltlich der Mitgenehmigung der Bürgerchaft, angekauft worden sein. Der Kaufpreis soll 475 000 Mk. betragen. Dieser Kauf steht, nach Meinung bürgerlicher Blätter, zweifellos mit dem in Vorbereitung befindlichen Gesetz zur Ablösung der Reallasten in Zusammenhang. Während die Ortshaupten Albsfelde, Gronsförde, Järacksdorf, Grummese und Klein Schreistaken im Erbpachtverhältnis des Staates stehen, eine ganze Reihe anderer Ortshaupten im Oberregiment des Staates sind, standen die Güter Niendorf, Moorgarten und Kecke, die das Gesamtgut Weihenrode bildeten, ferner Krepelsdorf und Schönböken im Erbpachtverhältnis von Privatpersonen. Zu diesen Gütern gehörten noch eine Reihe von Landstellen, deren Besitzer an die Gutsheerlichkeit einen jährlichen Kanon zahlen mußten. In den letzten Jahren ist nun der Staat vorgegangen, die im Erbpachtverhältnis von Privatpersonen stehenden Güter anzukaufen und so hat er sowohl das Gesamtgut Weihenrode wie auch das in unmittelbarer Nähe der Stadt liegende Gut Krepelsdorf unter Aufwendung erheblicher Kosten angekauft. Als letztes blieb noch Schönböken übrig. Wollte nun der Staat ein Gesetz zur Ablösung der Reallasten erlassen, so wäre dieses auf die privaten Erbpachtstellen nicht anwendbar gewesen und neue Klagen dieser abhängigen Besitzer würden die Folge gewesen sein. Aus diesem Grunde dürfte auch der Erwerb von Schönböken beschlossen worden worden sein. Die Ländereien, die die Gutsheerlichkeit in Erbpacht gegeben hat, gehen mit dem Ankauf des Gutes in das Erbpachtverhältnis des Staates über und fallen dann auch unter das vom Staate erlassene Gesetz, so daß dann ein einheitliches Ablösungsgesetz zustande kommen kann. Wie das Gut verwertet werden soll, ist nicht bekannt.

**Aus dem Gerichtssaal.** Wegen Hausfriedensbruchs, schweren Diebstahls und Betrugs hatte sich gestern der „Arbeiter“ Tsch aus Ahrensböck vor der hiesigen Ferienstrafkammer zu verantworten. Tsch hatte im Juni bei einem Fuhrer in Süßler Moor einen Einbruch verübt und dabei eine Uhr erbeutet. Ein Kumpan, der auf den Namen Ring hörte, stand Schmiere; entwich aber, als er merkte, daß die Polizei sich der Sache annahm. Tsch hat ferner im angetrunkenen Zustande in der Wirtschaft zu Süßler Moor deren Besitzer nebst Sohn zum Ringkampf aufgefordert und war nur sehr schwer zu bewegen, das Lokal zu verlassen. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis und 1 Woche Haft. — Die Knechte St. B. und G. entwendeten von verschiedenen Hoffstellen kupferne Kessel, die sie an den Tröddler C. in Moisling unter der Angabe, die Kessel gefunden zu haben, verkauften. Das Gericht verurteilte die Knechte G. und St. wegen des einen Diebstahls zu je 3 Wochen Gefängnis; W. erhielt wegen zweier Diebstahle 5 Wochen Gefängnis. Am schlechtesten kam der Tröddler C. weg, der wegen Hehlerei mit neun Monaten Gefängnis bestraft wurde. Der Fuhrmann S. aus Gutin hat als Kutscher eines Fissauer Pusners wiederholt Bestellschreiben gefälscht und Unterschlagungen verübt. 18 derartige Fälle, in welchen er auf Bestellschreiben 5 Pfund Butter hinzugefügt hatte, diese sich auch ausfindig ließ um sie anderweitig zu verkaufen, konnten ihm nachgewiesen werden. 4 Monate Gefängnis wurden ihm dafür vom Gericht aufgebürdet.

**Handelsregister.** Die Bekanntmachung in Nr. 422 des Amtsblattes betr. die Aktiengesellschaft in Firma Lübeck-Wüchener Eisenbahngesellschaft in Lübeck wird dahin ergänzt, daß die Erhöhung des Grundkapitals um 4210 000 Mk. durchgeführt ist.

**Frei-Badeanstalt Falkenwiese.** Die Temperatur betrug am 26. August, morg. 6 Uhr: Wasser 16, Luft 15; 10 Uhr: Wasser 17, Luft 19; mittags 12 Uhr: Wasser 17, Luft 20; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 17 Grad Celsius.

**Schadenfeuer.** Im Keller des Hauses Sandstraße 7 geriet gestern mittag ein Tapetengerüst in Brand. Der schnell herbeigerufenen Feuerwehr gelang es in kurzer Zeit, die Gefahr zu beseitigen, ehe ein größerer Schaden entstanden war.

**Ein schwerer Unfall** ereignete sich Montag nachmittag in der Sägemühle von Havemann u. Sohn. Ein mit Brettern beladener Kippwagen stürzte um und fiel dem gerade vorübergehenden Arbeiter Beth aus Bornum über den Leib. Der Armste erlitt einen Schenkelbruch, sowie schwere andere Verletzungen und mußte sofort nach dem allgemeinen Krankenhaus befördert werden.

**pb. Berstrent.** In einem Laden der Hützstraße ließ gestern nachmittag eine Dame einen schwarzen Regenschirm mit silberner Krücke stehen. Der Schirm hat eine Kante von blau-grau-grüner Farbe. Es wurde festgestellt, daß der Schirm von einer älteren Frau, die auch dort Einkäufe machte, mitgenommen ist.

**pb. Ein Raffenmarder.** Gegen einen Wäckerknecht, der sich 4 Mk. aus der Ladentasse seines Herrn aneignete, wurde Anzeige erstattet.

**pb. Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Gutin, der sich hier des Diebstahls an leeren Säcken zum Nachteil eines Händlers aus Stubbendorf schuldig gemacht hat.

**pb. Mehr auf dem Kerbholz.** Die vor einigen Tagen wegen Einbruchdiebstahls in Schönböken festgenommenen beiden Mädchen haben sich, wie nachträglich festgestellt wurde, noch mehrerer ähnlicher Diebstahle schuldig gemacht, und zwar in hiesiger Stadt und in Strummese. Sie führten unter anderem auch den Diebstahl von 90 Mk. bei dem Barbier Bohnhoff an der Mühlenbrücke Nr. 4 aus.

**pb. Betrug.** Ein hiesiger Schriftsetzer, der sich des Betruges zum Nachteil einer Pensionats-Inhaberin schuldig machte, wurde zur Anzeige gebracht.

**Sanzathheater.** Ergebnis der Ringkampfkonzurrenz vom Mittwoch abend. Der Engländer Jackson siegte gestern abend in überlegener Weise nach 5 Minuten über den Hamburger Harris, welcher somit ebenfalls nach viermaliger Niederlage ausscheidet. Sodann rangen Apollon und Karoly, die zwei schwersten Ringer der hiesigen Konkurrenz. Schon nach vier Minuten siegte die phänomenale Kraft des französischen Herkules, indem er den 280 Pfund schweren Ungarn mit eisernem Untergriff umklammerte und ihn so langsam Zoll für Zoll auf beide Schultern drückte. Hierauf traten Siegfried und Carlos zum Kampf an. In 25 Minuten hatte Siegfried den Portugiesen auf beide Schultern gelegt. Heute abend ringen Karoly gegen Winzer, Boucher gegen Apollon und Jackson gegen Siegfried, welche beide bis jetzt unbesiegt sind.

**Stadthallentheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Freitag geht zum Benefiz des Herrn Ludwig Widmann Subermanns „Sodom und Gomore“, sorgfältig vorbereitet in Szene. Herr Widmann spielt die Hauptrolle des Willy Jarnitkow, gleichzeitig liegt auch die Spielleitung in seinen Händen. Am Sonnabend ist, vielfachen Wünschen entsprechend, eine Operetten-Aufführung für die übliche vollständige Vorstellung in Aussicht genommen und ist hierfür die letzte Wiederholung von: „Das Jungfernstift“ vorgelesen. Sonntag wird der hier bestens bekannte Geldentor Paul Groeger vom Stadttheater in Magdeburg den „Alfred“ in „Die Federmaus“ singen.

**\* Reusefeld. Volksversammlung.** Am Freitag abend findet bei Sternberg eine Volksversammlung statt. Genosse Stelling-Lübeck wird über das Thema: „Warum beteiligen wir uns an den oldenburgischen Landtagswahlen“ sprechen. Genossen, sorgt für einen Massenbesuch dieser Versammlung.

**Segeberg.** Der Hagel am vorigen Sonntag ist stellenweise so dicht gefallen, daß er dem Korn, sowohl dem gemähten wie dem ungemähten, Schaden getan hat. In der Gegend von Stipsdorf und Weede, wie auch bei Neuhms und Müggelsfelde waren in diesen Tagen Taratoren beschäftigt. Der höchste festgestellte Schaden beläuft sich auf die Hälfte und Zweifünftel.

**Kiel.** Antrag auf Herabsetzung des Wahlzensus. Die sozialdemokratischen Stadtvorordneten haben dem Magistrat der Stadt Kiel folgenden Antrag unterbreitet:

Die unterzeichneten Stadtvorordneten stellen hiermit den Antrag, die Städtischen Kollegien wollen beschließen, im Ortsstatut der Stadt Kiel in § 2, Nummer 4, Abschnitt c statt 1200 Mk. 660 Mk. einzusetzen.

**Udler. Cappel. Mähl. Niendorf. Rindfleisch. Seegen.** Der angezogene Passus enthält die Bestimmungen über die Höhe des Wahlzensus. Die seinerzeit vorgenommene Erhöhung des Zensus auf 1200 Mk. soll nach dem Untage unserer Genossen auf 660 Mk. herabgesetzt werden, den niedrigsten Satz, der nach der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung zulässig ist. Wenn keine unvorhergesehenen Umstände eintreten, dürfte der Antrag bereits in der nächsten, am 1. September stattfindenden Kollegienitzung verhandelt werden. Inwiefern die hiesigen Stadtväter jetzt geneigter als früher sind, dem Untage ihre Zustimmung zu geben, wird die Zukunft lehren. Die freisinnigen Stadtvorordneten haben hier Gelegenheit, ihre Stellung gegenüber einer Wahlrechtsverbesserung zu präzisieren. Daß diese recht dürftig ausfallen wird, hat ja der freisinnige Stadtvorordnete Hoff vor kurzem schon angedeutet.

**Kiel.** Aus Scham über die Verfehlungen der eigenen Mutter ist der 19jährige Lehrling Janzon in den Tod gegangen. Am Abend vor dem Selbstmord hatte er der Mutter erfolglos Vorhaltungen über ihren Lebenswandel gemacht. Der junge Mann, dem von seinem Lehrherrn das beste Zeugnis ausgestellt wird und der äußerst strebsam und fleißig war, erhängte sich auf dem Hausboden.

**Sufum.** Zur Affäre Schücking. Regierungsrat Düntelberg beschlagnahmte Akten mit mehreren Privatbriefen Dr. Schückings bei dessen Bureauvorsteher.

**Zehoc.** Wegen Verdachts des Kindesmordes wurde die Metzgerin Henny Jonath gen. Schütt in Haft genommen. Sie gibt an, ihr Kind nach der Geburt am 13. August mit der Bettdecke zugedeckt und nach ihrem Erwachen im Bett tot aufgefunden zu haben. Dienstag wurde die Leiche in einem unverschlossenen Schloßforde aufgefunden.

**Cughaven.** Unfall bei Brackarbeiten. Bei den Sprengungsarbeiten, die seitens des Nordischen Bergwerksvereins bei dem Brack des Dampfers „Byrgos“ an der Umlandung ausgeführt werden, versagte die Zündung einer Sprengpatrone. Entgegen der Vorschrift versuchte der Kapitän Wehl vom Hebefahrzeug „Nordsee“ die Zündung auseinanderzunehmen. In diesem Augenblicke erfolgte eine Explosion, durch die Wehl und der Maschinist Schmidt vom Schleppdampfer „Möve“ verletzt wurden. Wehl erlitt schwere Verletzungen an den Händen und an einem Auge, während die Verletzungen Schmidts leichter Natur sind. Die beiden Verunglückten wurden sofort dem Staatskrankenhaus zugeführt.

**Vordesholm. Schulelend.** Zu Anfang dieses Jahres wurde das Schulhaus zu Willingrade durch Feuer eingeeäschert und bis jetzt noch nicht wieder aufgebaut. Ein geeignetes Lokal für die Unterbringung der Schule steht nicht zur Verfügung. In

einer leerstehenden Kate mußte die Schule untergebracht werden, doch ist die Stube so niedrig und klein, daß nur immer die eine Hälfte der Schüler unterrichtet werden kann. Augenblicklich hat man mit der Juppelinspende sowie zu tun, daß man sich um die Willingrade Schule nicht kümmern kann. Wenn es sich um eine neue Kanone handeln würde, wäre das etwas anderes, da ginge die Sache schneller.

**Bremen.** Ein mysteriöser Fund. Vorgefunden wurde zwischen Seehausen und Woltmershausen in der Weser eine Leiche aufgefunden, an der sich schon starke Spuren des Verwesungsprozesses bemerkbar machten. Es handelt sich um die Leiche eines kräftig gebauten Mannes, die am Kopfe eine schwere Verletzung aufwies. Der Umstand, daß auf den Leib des Leichnams ein großer schwerer Stein aufgebunden war, läßt in Verbindung mit dem Vorhandensein der Kopfverletzung die Vermutung aufkommen, daß ein Verbrechen verübt wurde. Bestimmtes darüber wird erst die Untersuchung ergeben können.

**Soltan. Großeuer.** Montag wurde das dem Schuhmacher und Anbauer Fr. Röhrs in Wintermoor-Geversdorf gehörige Anwesen mit der ganzen Ernte durch Feuer vernichtet. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht bekannt.

**Wiekendorf (Kreis Soltan).** Ein tödlicher Unfall ereignete sich hier beim Einfahren von Getreide. Das vierjährige Lächterchen des Arbeiters Dammann geriet so unglücklich unter die Räder eines angehängten Wagens, daß diese über den Kopf des Kindes gingen und der Tod auf der Stelle eintrat.

### Schiffsnachrichten.

D. „Vingen“ ist von Petersburg auf hier abgedampft. D. „Danila“ ist gestern nachmittag von Byste auf hier abgegangen.

D. „Hamburgfund“ ist gestern mittag von Königsberg auf hier abgegangen.

D. „Edison“ ist gestern abend von Hungersburg auf hier abgegangen.

D. „Afrika“ ist gestern mittag in Wiborg angekommen.

### Letzte Nachrichten.

**Moskau, 26. August.** Leo Tolstoi soll nach Mittelungen von seinem Gute schwer erkrankt sein.

**Paris, 26. August.** In Vendaye (Dep. Basses-Pyrenées) erschöß ein Schiffer den Vater, die Mutter und die Schwester seiner Braut, weil sie die Heirat zu verhindern suchten. Der Mörder beging darauf Selbstmord.

**Liverpool, 26. August.** Der Cunarddampfer „Struria“ stieß in der Mündung des Mersey beim Anlegen am Landungssteg mit einem Leichter zusammen. Dieser rannte derart auf die Schrauben der „Struria“ auf, daß es der Arbeit mehrerer Schleppdampfer bedurfte, um die beiden Fahrzeuge von einander zu trennen. Der Leichter sank gleich darauf, wobei ein Mann der Besatzung ertrank.

**Mac Alester (Oklahoma), 26. August.** In dem Kohlenbergwerk von Hailey-Bille brach Feuer aus, durch das 25 Bergleute, sämtlich Ausländer, abgeschritten wurden. Es ist keine Hoffnung auf Rettung vorhanden, da die Grube heftig brennt.

**Newark, 26. August.** In Nord- und Süd-Karolina fanden furchtbare Überschwemmungen statt. Sozial bisher bekannt ist, sind 40 Menschen umgekommen, doch sind die Verluste an Menschenleben jedenfalls viel höher. Die Städte sind nachts in Dunkelheit gehüllt, da die elektrischen Anlagen unter Wasser stehen. Viele Fabriken stehen still, der Bahnverkehr ist unterbrochen, der Schaden beträgt viele Millionen Dollar.

**Newark, 26. August.** Gestern wurden beim Einsturz eines Gebäudes in Boston achtzehn Personen getötet und zwanzig verletzt.

### Handels- und Marktnachrichten.

#### Lübecker Marktpreise vom 26. August.

Barren-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. —1,35 Mk., Hasen —, Enten 3—3,50 Mk., Fühner 1,60—2,00 Mk., Küten Stk. 1—1,40 Mk., Tauben Stück 0,50—0,60 Mk., Gänse Pfd. —78 Pf., Fliedgans —Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinshopf Pfd. 50 Pfg., Wurst Pfd. 1,25—1,30 Mk., Eier 8 Stk. 60 Pfg., Heringe 2 10 Pfg., Dorische genügend, Süßwasserfische genügt, Karpfen Pfd. —Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie Pfd. 1,40, Brachsen Pfd. —Pfg., Sechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Aal Pfd. 80—100 Pfg., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügend. Blumentohl, b. Kopf 0,15—0,30 Mk., Kohl 100 Pfd. —Mk., Gurten 100 Pfd. —Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. —Mk., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pfd. —Mk., Pfäumen, pr. 100 Pfd. —Mk., Rirschen Pfd. 25—30 Pfg., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pfd. —Mk., Mand Pfd. —Pfg.

#### Getreidepreise.

Lübeck, 26. August.

Weizen, 115—130 Pfd. holl. 175—195 Mk. Roggen 115—124 Pfd. holl. 150—168 Mk. Gerste, nach Qualität 155—165 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 150—168 Mk., alter 170—180 Mk. per 1000 Kilo.

#### Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Samburg, 26. August.

1. Klasse 234 Drittel zu 121,33 Mk. im Durchschnitt.  
2. „ 21 „ 112,81 Mk.

#### Sternschanz-Viehmarkt

26. August.

Der Schweinehandel verlief flau. Zuführt wurden 693 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 62 Mk., leichte 62—63 Mk., Sauen 55—59 Mk., Ferkel 60—62 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böhmig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtliche in Lübeck.



**Erika.** Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen hoch erfreut an  
**P. Schmidt und Frau.**  
Dornestraße.

Am Mittwoch, den 26. August, morgens 1 Uhr, entschied sanft nach langer Krankheit meine liebe Frau und liebevolle Mutter  
**Louise, geb. Laudorn,**  
im 40. Lebensjahre.  
Dies vertrauert von mir, meiner Tochter und allen Angehörigen.  
**Willi Kipp.**  
Die Beerdigung findet am Sonntag abends vor 10 1/2 Uhr von der Kapelle des Allgem. Gottesackers aus statt. Trauerfeier 10 1/4 Uhr.

**Möbl. Zimmer zu verm.**  
die Woche 3.50 Mk.  
Engelsgrube 87.

**Ein möbliertes Zimmer**  
zu vermieten  
Schützenstraße 57 a. II.  
Zu sofort außer der Saisonzeit

**ein kräftiger Laufburche**  
Johannisstraße 65.

**Ein gewandter Hausierer**  
für Saison-Artikel. Zu meld. abds. nach 7 Uhr.  
**Georg Frank, Waisenhofstr. 13, I.**

**Gef. ein junges Mädchen**  
zur Stütze der Hausfrau.  
**Frau E. Käbitz, Krähenstr. 29.**

Eine noch sehr guterhaltene 4 flammige Maschine ist umständehalber billig zu verkaufen  
Waffenmayer 5 a.

**Zu verkaufen ein 2rädiger Handwagen.**  
Reiferstr. 13.

**Gut erhaltener Kinderwagen**  
billig zu verkaufen.  
Ernestinenstraße 4.

Wegen Gaslegung billig zu verkaufen:  
1 Petroleumkronleuchte, 1 Hängelampe, 2 3flamm. Petroleummaschinen  
Sanjastraße 61, pt.

**Ein Sühnerstall zu verkauf.**  
Vorbeckstraße 5.

Zu verkaufen 1 H. Pony und Wagen, Sacktauben, Meerfischweischen u. Saniinchen  
"Tiergarten".

**4 gute Regehühner**  
zu verkaufen  
Schwartauer Allee 170, hinten.

**Verloren** vor längerer Zeit eine Dutsche Uhr, gen. Bel. Meisterstraße 27.

 **Joh. Boy, Fisch-handlg.**  
Teleph. 115,  
am Königstr. 61, b. d. Fleischhauerstr.  
Täglich frisch geräucherte  
**Ostsee-Bücklinge, Aale, Makrelen.**

Meine frische  
**Meiereibutter**  
unter dem patentierten hygienischen Tafeldeckel  
kostet das Pfund nur  
**1.25 Mark.**  
Der hygienische Patentdeckel schützt gegen Staub, schlechte Luft und die lästigen Fliegen. Das liebliche Aroma und die Frische bleibt erhalten.  
**Hans Dittmann,**  
Fleischhauerstraße 9.  
Fernsprecher 1223.

Im Jahre 1908 haben viele Hausfrauen gelacht,  
Dass aus dem Jahre 1907 ihre eingemachten Früchte vorzüglich geblieben;  
Die gute Haltbarkeit hat vollabracht,  
Weil sie mit Wiegels Cons.-Honigessig eingemacht.

**Die Arbeiter-Schrank**  
aus dem Spezial-Schrank von  
**L. Otto Albers 10.**  
Jed vortheilhaft bekannt durch gute Arbeit und sehr billige Preise. U. A.:  
Lehrstühle . . . 2,20-4,45  
Mantelstühle . . . 2,50-5,75  
Schreibtische . . . 1,88-5,25  
Bücherregale . . . 1,08-3,25  
Bürostühle . . . 1,68-3,25  
Lehne Stühle, Stühle und gerabe, 1,28  
Küchen, Stühle, Schrankstühle, Tischstühle,  
Maler-Möbel erhaltend billig.  
Küchen von 20 Pf. bis 1,88 Mk.  
Koch-Schrank.

**Friedr. Meyer & Co.**  
Buchhandlung  
Johannisstraße 46      Johannisstraße 46  
empfehl folgende Schriften

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek in einzelnen Heften à 20 Pf.  
Alkoholfrage und Sozialdemokratie v. E. Wurm . . . 30 "  
Die Mutter als Erzieherin . . . . . 50 "  
Der Kampf der Arbeiter v. A. Pannekook . . . . . 20 "  
Sozialdemokratische Flugschriften à . . . . . 10 "  
" Agitationsbibliothek à . . . . . 20 "  
Sozialistische Literatur v. P. Lensch . . . . . 15 "  
Klassengegensätze im Zeitalter d. franz. Revolution 35 "  
Die neuen Reichssteuern v. Ed. Bernstein . . . . . 30 "  
Lebensmittelzölle und indirekte Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen . . . . . 10 "  
Die Währungsfrage v. M. Schippel . . . . . 15 "  
Das kommunistische Manifest . . . . . 20 "  
Zum Achtsundentag v. A. Braun . . . . . 20 "  
Hochverratsprozeß Liebknecht v. d. Reichsgericht 50 "  
Die Urteile d. Disziplinargerichte gegen Dr. K. Peters 40 "  
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat . . . 10 "  
Schule, Kirche und Arbeiter . . . . . 15 "  
Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisation. 20 "  
Knete und Bombe v. E. Klar . . . . . 50 "  
Die Frau und der Sozialismus v. A. Bebel, gebunden 250 "  
Der Pfaffenpiegel v. Corvin geb. 4 Mk. od. in 10 Lief. à 30 "  
Internationale Bibliothek, sämtliche Bände.  
Bibliothek des praktischen Wissens: Rechte und Pflichten des Mieters 20 Pf., Rechte des Angeklagten 50 Pf., Erbrecht u. Testamente 75 Pf., Ehe- u. Familienrecht 75 Pf., Die Kunst der Rede 1 Mk., Das Vormundschaftsrecht 75 Pf., Das Recht des unehelichen Kindes 75 Pf.  
Führer durch das Krankenkassengesetz . . . . . 30 "  
" durch das Invalidenversicherungsgesetz . . . . . 25 "  
" durch die Straßprozeßordnung . . . . . 40 "  
" durch das Gewerbe- und Kaufmannsgericht 25 "  
" für den Militärpflichtigen . . . . . 30 "  
" durch das Unfallversicherungsgesetz für land- und Forstwirtschaft . . . . . 25 "  
" durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz . . . . . 25 "  
Aberglaube aller Zeiten v. W. Fischer . . . . . 50 "  
Evangelium eines armen Sünders v. Weiting . . . . . 80 "  
Johannes Huß v. H. Lommel . . . . . 25 "  
Die Freimaurerei v. Sassenbach . . . . . 30 "  
Der Schwindel der klerikalen Arbeiterpolitik . . . 35 "  
Tyranenmord nach der Lehre der kathol. Kirche 50 "  
Sozialdemokratisches Liederbuch . . . . . 40 "  
Sturmlieder vom Meer v. Clara Müller . . . . . 100 "  
Gekrönte Häupter 25 Hefte, jedes für sich abgeschlossen à 20 "  
Reclams Universal-Bibliothek à . . . . . 20 "  
Die soziale Bedeutung der Genossenschaften von Dr. Fr. Oppenheimer . . . . . 50 "  
Sozialliberalismus und Kollektivismus v. E. Bernstein 50 "  
Im Gefängnis, Judenmassakre, Geld etc. v. M. Gorki 30 "

In freien Stunden, Der wahre Jakob, Süddeutscher Postillon, Die Gleichheit, Die neue Zeit sowie viele andere Lieferungswerke von wissenschaftlichem Wert.

Nicht aufgeführte Werke werden auf Bestellung baldigst geliefert.

**Schulschreibhefte**  
in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift  
empfiehlt die  
Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

  
St. Lorenz erstes u. ältestes  
Motor- und Fahrradhaus  
**H. Benthien**  
Fackenburg Allee 53.  
Grösste Reparaturwerkstatt.  
Eigene Vernicklungs- und Emailier-Anstalt.  
Vertreter der Claes Pfeil und Naumanns Germania-Fahrräder.

**Achtung!**  
**Postdienerarbeiten!**  
**Sektions-Versammlung**  
am Freitag, 28. August,  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht.  
2. Neuwahlen.  
3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.  
D. D.

**Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs- arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.**  
(Zahlstelle Lübeck).  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, den 28. August,  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Berichterstattung vom Verbandstage in München.  
3. Wahl eines Delegierten zur Gaukonferenz in Hamburg und Anträge zu derselben.  
4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Hansa-Theater.**  
Ein jeder muss über den Mann mit dem Fimmel ob er will oder nicht Tränen lachen.  
**Theater Job-Classen.**

**Universum**  
Täglich die große Komödie:  
Der gewesene Baubdirektor.  
Freitag, den 28. d. M.:  
Benefiz für Streland.

**Hansa-Theater**  
Heute Donnerstag (12. Tag)  
Karoly gegen H. Winzer  
Ungarn gegen Hamburg  
Siegfried gegen F. Jackson  
Deutschland gegen England  
B. le Boucher gegen Apollon  
Belgien gegen Frankreich  
Billetvorverkauf bei Sager.

**Stadthallentheater.**  
Freitag: 84. Abonnements-Vorstellung.  
Benefiz Reg. L. Widmann.  
Hermann Sudermanns  
**Sodoms Ende.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonabend: 85. Abonnem.-Vorstellung.  
Vollständige Operetten-Vorstellung.  
**Das Jungfernstift.**  
Logen 75 Pf., alle übrigen Plätze 50 Pf.



## Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

### Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die wichtigste Tätigkeit des Bildungsausschusses im verflossenen Jahre war die erstmalige Organisierung von wissenschaftlichen Wanderkursen. Zwar hat die Geschäftsstelle auch in zahlreichen Fällen Redner für Einzelvorträge vermittelt, aber da für die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit zusammenhängende Vortrags- und Unterrichtskurse ungleich wertvoller sind, kam es dem Ausschuss zunächst darauf an, die organisierten Arbeiter mit dem Wesen und dem Zweck wissenschaftlicher Kurse durch die Praxis vertraut zu machen. Für die Abhaltung der Kurse waren die beiden Genossen Dr. Hermann Dunder und Otto Rühle gewonnen worden, die vom September 1907 bis zum Mai 1908 für den Bildungsausschuss tätig gewesen sind.

Die beiden Genossen wurden von Anfang an so oft verlangt, daß sie in der ganzen Zeit beschäftigt werden konnten. Nur im Frühjahr 1908, als die Landtagswahlbewegung die preußischen Genossen in Anspruch nahm, entstand eine kleine Lücke.

In einem Prospekt, den die Geschäftsstelle im Juli 1907 an die Bildungsausschüsse, sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaftskomitees verandt hatte, waren Vortrags- und Unterrichtskurse empfohlen worden. Der Unterschied zwischen beiden besteht im wesentlichen darin, daß bei den ersteren die Teilnehmerzahl nicht begrenzt zu werden braucht, oder wenn doch, erst bei 250 bis 300 Teilnehmern; zu den Unterrichtskursen können dagegen nur 30-40, allerhöchstens 50 Teilnehmer zugelassen werden. Die Unterrichtskurse finden, wie schon im Namen liegt, in unterrichtlicher Form statt. Auch zu schriftlichen und mündlichen Arbeiten werden die Teilnehmer herangezogen. Es wurde empfohlen, zu solchen Unterrichtskursen nur die befähigsten und bildungseligsten Genossen heranzuziehen; möglichst durch Anwendung eines Delegationsystems. Auch Vortragskurse können durch Delegation zusammengefaßt werden, was den Vorteil mit sich bringt, daß die von den Gewerkschaften und den anderen Korporationen gewählten Teilnehmer mit größerer Gewissenhaftigkeit an den Kursen teilnehmen.

Es hat sich herausgestellt, daß beim erstenmal in einer Stadt die Vortragskurse mit größerer Teilnehmerzahl vorzugehen sind. Bei einer Fortsetzung der Wanderkurse in derselben Stadt dagegen ist den Organisationen zu empfehlen, Unterrichtskurse zu veranstalten, einmal, um den wirklich befähigten Genossen durch die intensiver Methode der Unterrichtskurse eine besondere Förderung ihres Wissens zu ermöglichen; ferner auch im Hinblick auf den Stoff der zweiten Kurse, der vorzugsweise theoretischer Natur ist (Marx's ökonomische Lehren), während der erste Kursus historischer Art ist (Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens). Im allgemeinen kann gesagt werden, daß sich die Vortragskurse trotz ihrer größeren Teilnehmerzahl besser bewährt haben, als vorher angenommen worden ist. Die beiden Redner haben durch eine lebhaft Vortragsweise und durch gelegentliche Fragestellung die Vortragsabende so anregend zu gestalten gewußt, daß die Teilnehmer nicht nur während der Dauer des einzelnen Vortrags mit voller Aufmerksamkeit bei der Sache waren, sondern auch an den acht Abenden des Kursus bis zum letzten mit gleichem Interesse teilnahmen. Wohl fehlte gelegentlich der eine oder andere Teilnehmer, was bei einem Zeitraum von vier Wochen und mit Rücksicht darauf, daß an den Kursen in erster Linie die auch sonst in Partei und Gewerkschaft vielbeschäftigten Genossen teilnahmen, nicht weiter verwunderlich ist; aber die Durchschnittsziffer der Teilnehmer ist bei allen Kursen eine überaus hohe; und mehr als einmal ist es vorgekommen, daß sich die Teilnehmerzahl von Vortrag zu Vortrag gehoben hat.

Eine Vortragsreise der beiden Wanderredner war jedesmal — mit je einer besonderen Ausnahme — auf vier Wochen berechnet. Während einer solchen Reise war der Vortragende in drei verschiedenen Städten zugleich tätig, und zwar dergestalt, daß er an jedem Abend in einem an

deren Orte redete. Es wurde dadurch möglich gemacht, daß in den einzelnen Orten stets mindestens zwei Tage Zwischenraum zwischen den Vortragsabenden lagen. Wenn sich in Zukunft 6 Städte zusammenfinden, die eine gute Bahnverbindung miteinander haben, so läßt sich auch der oft ausgeprochene Wunsch erfüllen, daß in jeder Stadt wöchentlich nur ein Vortragsabend stattfindet. In mehreren Fällen hatte das Arrangement der Kurse ein Provinzial- oder Landeskomitee in die Hand genommen, wodurch erreicht wurde, daß mehrere Wahlkreise oder Bezirke an den Kursen beteiligt waren. Doch hat die Geschäftsstelle es auch in anderen Fällen nach Möglichkeit einzurichten versucht, daß Orte verschiedener Wahlkreise oder Agitationsgebiete an einer Tournee beteiligt waren; ferner auch, daß kleinere Orte in der Umgebung einer größeren Stadt zu den Kursen herangezogen wurden.

Wie aus der Tabelle, Übersicht über die wissenschaftlichen Wanderkurse 1907/08 hervorgeht, ist die systematische Aufklärungsarbeit der beiden fest angestellten Wanderredner in dem Zeitraum September bis Mai an 232 Abenden 29 Hauptorten (und über 100 Nebenorten) zugute gekommen. In 15 Orten fanden Unterrichts-, in 14 Orten Vortragskurse statt. Die Teilnahme war 13mal durch Delegation geregelt. An den Unterrichtskursen haben 636 Genossen und 12 Genossinnen sich beteiligt. Sehr erfreulich sind die Zahlen über den Durchschnittsbesuch. In den Unterrichtskursen beteiligten sich regelmäßig 90 Prozent, an den Vortragskursen 88 Prozent der eingeschriebenen Hörer. Durch diese Zahlen ist das früher sehr häufig erhobene Bedenken zerstreut, daß bei Vortragskursen die Teilnehmer von Vortrag zu Vortrag in größerer Zahl fortbleiben würden.

Wichtig für die allgemeine Beurteilung der Kurse sind die Urteile, welche die Veranstalter der einzelnen Kurse, die lokalen Bildungsausschüsse, Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, über die Art, den Verlauf und die Erfolge der Kurse abgegeben haben.

In den meisten Urteilen kehrt die Bemerkung wieder, daß derartige Kurse dringend notwendig seien, da besonders die ersten Unterrichtsabende offenbart hätten, wie mangelhaft die Kenntnisse der Teilnehmer in den Grundfragen des historischen Materialismus und der Nationalökonomie sind. Fast in allen Urteilen wird auch darauf hingewiesen, daß die Fortsetzung und der Ausbau der Kurse dringend zu wünschen sei; mehrere Orte haben sofort eine Bestellung des Redners für nächsten Winter angefügt.

Der Bildungsausschuss gewann die Überzeugung, daß die wissenschaftlichen Wanderkurse einem dringenden Bedürfnis in der Partei entgegenkommen; deshalb hat er auch die Anstellung weiterer Wanderredner ins Auge gefaßt; die zahlreichen Bestellungen von Kursen für den Winter 1908/09, die bis jetzt schon bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, machten diese Absicht außerdem zur Notwendigkeit.

### Das Winterprogramm.

Die im vorigen Jahresbericht angeknüpften Ratschläge und Winke für ein Winterprogramm 1907/08 sind in vielen Hunderten von Exemplaren an alle Interessenten, die beim Bildungsausschuss gemeldet sind, verschickt worden. Aus der Art und dem Umfange der Bildungsarbeit, welche in der Berichtsperiode in vielen Orten geleistet worden ist, läßt sich erkennen, daß die Ratschläge und Winke dabei gute Dienste geleistet haben. Der Bildungsausschuss hat deshalb beschlossen, auch in Zukunft regelmäßig derartige Anregungen zu versenden.

### Die Jugendschriftenbewegung.

Einen wichtigen Teil der Tätigkeit des Bildungsausschusses im verflossenen Winter bildete die Schaffung eines Verzeichnisses empfehlenswerter Jugendschriften. Seit Jahren ist innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung ein derartiges Verzeichnis gewünscht worden. Aber es fehlte bisher an einem Organ, das diese umständliche und schwierige Arbeit in die Hand nehmen konnte. Der Bildungsausschuss hat zunächst 132 Bücher geprüft. Jedes Buch ist von drei verschiedenen Seiten geprüft worden, wodurch ein lebhafter Paketverkehr notwendig wurde. Nachdem sämtliche Bücher

geprüft worden waren, trat eine Subkommission des Bildungsausschusses zusammen, um an der Hand der eingegangenen Urteile die Zusammenstellung des Verzeichnisses vorzunehmen. Von den 132 geprüften Büchern wurden 83 in das erste Verzeichnis aufgenommen. Der Bildungsausschuss beschränkte sich nicht darauf, die Bücher in diesem Verzeichnis sachgemäß und übersichtlich anzuordnen, er hat auch jedem Buche eine kurze Kennzeichnung zugefügt, um dadurch den Eltern die Auswahl zu erleichtern. Die Prüfungsarbeit soll fortgesetzt werden, sobald zum nächsten Weihnachtsfest ein erweitertes Verzeichnis zustande kommt. Ferner soll der Parteivorstand ersucht werden, in Gemeinschaft mit dem Bildungsausschuss ein Schreiben an die Parteipresse zu richten, in dem sie gebeten werden soll, minderwertige Schriften nicht zu empfehlen. Soweit als möglich soll auch eine Auswahl guter und billiger Bilder (als Wand schmuck) zusammengefaßt werden. Eine Vortrags-tour in den Wochen vor Weihnachten ist ebenfalls wieder in Aussicht genommen worden. Jedoch soll sie, ebenso wie das Verzeichnis, in diesem Jahre frühzeitig vorbereitet werden.

### Die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken.

Gute Bibliotheken sind eine notwendige Voraussetzung für planmäßige Arbeiterbildung. Der Bildungsausschuss hat deshalb von Anfang an der Schaffung von Musterkatalogen und von sachgemäßen Anleitungen für die Praxis des Bibliothekdienstes seine Aufmerksamkeit zugewandt. Bei der Fülle sonstiger Arbeiten und bei der Schwierigkeit der Frage selbst ist die Vorbereitung der Musterkataloge jedoch nur langsam gefördert worden, so daß erst im August d. J. die Herausgabe und Verfertigung der zehn ersten Kataloge erfolgen kann.

Der Bildungsausschuss ist bei dieser Arbeit von den Bedürfnissen der kleinsten Organisationen, die sich erst eine Bibliothek anschaffen wollen, ausgegangen. Er hat im ersten Katalog eine Gruppe von Büchern zusammengestellt, deren Preis insgesamt und in gebundenem Zustande 10 Mark beträgt. Hierbei hat er auch berücksichtigt, daß trotz des niedrigen Preises möglichst viele und doch wiederum auch wertvolle, für die Einführung in den Sozialismus geeignete Bücher gewählt werden müssen. Die zweite Bibliothek enthält die Bücher der ersten und dazu für 15 Mark neue Bücher, die nach den eben entwickelten Grundsätzen den Bücherhag der betreffenden Organisation erweitern sollen. Die nächsten Bibliotheken steigen weiter um 25 Mark, später um 50, 100 und 150 Mark, bis die zehnte (und vorläufig letzte) Bibliothek Bücher im Werte von insgesamt 500 Mk. umfaßt. Es ist im weiteren Verlaufe auch darauf geachtet worden, daß grundlegende Bücher aus den verschiedensten Wissensgebieten in die Kataloge eingeführt worden sind. Diese Musterkataloge haben auch für solche Organisationen Wert, die schon eine Bibliothek besitzen, da sie aus den Katalogen ersehen können, welche Bücher ihnen noch fehlen, und deshalb bei der nächsten Erweiterung angeschafft werden müssen.

Die zahlreichen Anfragen, die bei der Geschäftsstelle nach solchen Katalogen eingelaufen sind, beweisen zur Genüge, daß sie einem dringenden Bedürfnisse in der Partei entgegenkommen. Wenn sie vorläufig noch nicht alle darauf gelegten Erwartungen befriedigen sollten, so möge man das mit der Schwierigkeit einer derartigen Zusammenstellung entschuldigen. Im Bildungsausschuss hat gerade diese Arbeit viel Zeit und Mühe beansprucht.

Da die Kataloge auch nach dem pädagogischen Grundsatz angelegt sind, daß vom leichteren zum schwereren fortgeschritten werden muß, werden sie auch für solche Genossen, die eine Anleitung zum Studium der sozialistischen Literatur wünschen, ein willkommener Führer sein. Für sie stellt sich zudem der Anschaffungspreis der Bücher billiger als für Bibliotheken, da für sie nicht die Notwendigkeit vorliegt, die Bücher nur in gebundenem Zustande anzuschaffen (wenn es auch für jedermann zu empfehlen ist), und da sie ferner nicht die auf besseres Papier und darum erheblich teure Ausgabe, die bei den Musterkatalogen grundsätzlich in Rechnung gestellt worden ist, zu kaufen brauchen.

## Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaedter.

(84. Fortsetzung.)

Mac Pherson hielt eine solche „Buschente“, und nicht allein mit gewöhnlichem schlechten Brandy oder Genevre, sondern auch mit allen möglichen, wenigstens verschiedenen, effektierten Weinen, sogar nachgemachtem Champagner versehen. Der Geschmack dieser wilden Burschen ist manchmal sehr eigentümlicher und extravaganter Art, und der Wirt wußte seine Ware zu vortrefflichen Preisen an den Mann zu bringen.

Hatte er nun auch in den letzten drei Wochen nur wenig „Gäste“ in seinem Hause gesehen, so schien sich das Geschäft an dem heutigen Tage desto günstiger für ihn gestalten zu wollen.

Sieben oder acht Buschleute, ihren Jahreslohn teils in Geld, teils in geldwerten Anweisungen in der Tasche, hatten sich an dem Morgen in aller Frühe bei ihm eingefunden und einguartert, und ihre „Freiheit“ damit begonnen, sich in aller Gemütlichkeit mit einer Flasche Brandy unter einen Baum zu legen. Ihr Ziel war Adelaide, und der Platz hier von ihnen nur eigentlich zu einem Ruhepunkt bestimmt. Sie wollten heute einen Kapitag halten, sich also auch nicht etwa betrinken, und dann morgen mit dem frühesten nach der noch allerdings sehr weit entfernten Hauptstadt des Distrikts aufbrechen, um dort erst ihr wirkliches Gelage zu beginnen. Mac Pherson war indes darüber ganz anderer Meinung.

Die Burschen selber gehörten der rauhesten und wildesten Menschenklasse dieser Art Leute an, wie sie nur auf diesem Punkt der Erde das frühere englische Deportationssystem verlammet haben konnte. Pöpsikonomen, dem Galgen und Büchhaus abgestohlen, mit einem Leben voll Verbrechen und Glanz hinter sich, ohne irgend eine Zukunft, nur dem Augenblick Berechtigung gestattend, ihre ganze Sprache ein langgedehnter Fluch, eine permanente Blasphemie, und doch auch wieder mit einem Zug des berberischen englischen Charakters, der eine eigene, wunderliche Mischung drohigen Humors, bewußter, wenigstens augenblicklicher Selbständigkeit und einen gewissen, Gott und der Welt trotzenen Ausdruck an sich trug.

Daß diese Gesichter durchgängig, vielleicht nur mit Ausnahme eines einzigen, alten Sträflings, oder, wie sie sich selber nannten, „old hands“ angehörten, bedurfte wohl kaum einer weiteren Versicherung. Untereinander waren sie auch vollständig einig darüber, und würden es für eine höchst lächerliche Annahme gehalten haben, hätte es einer von ihnen leugnen wollen. Kokettierte doch Mac Pherson selber mit seinen „old times“ oder „alten Zeiten“ und wußte, als er sich zu ihnen setzte, Massen von Innebdoten von dem und jenem „magistrats“, von dem und jenem „old cove“ zu erzählen, die alle in eine Zeit zurückdatierten, wo freie Einwanderer in Australien noch zu den australischen Naturmerkmalen gehörten.

Von jener Zeit aber, wo Mißhandlung der Sträflinge, wie die einzelnen Streiche, die sie, um sich zu rächen, den Gerichtspersonen spielten, das Hauptthema bildeten, kam das Gespräch in sehr natürlicher Weise auf die jetzige, und die Kunde, daß die schwarze Polizei von Neu-Süd-Wales sich gegenwärtig an der Grenze des Adelaide-Distrikts aufhalte, lenkte ihre Aufmerksamkeit ganz besonders auf sie.

„Sol' die schwarzen Hunde der Teufel!“ sagte Bob, ein Ochsentreiber und einer der hervorragendsten Persönlichkeiten der Schar mit einer hinzugefügten gotteslästerlichen Verwünschung, und ist das etwa eine Manier, die schwarzen, blutigen Heiden zu Spürhunden zu gebrauchen, um arme, ausgerissene Kerle wieder einzufangen oder im Busche drin wie wilde Hunde abzuschlagen?“

„Das sind alles so neumodische Erfindungen“, versicherte Dick, ein Schäfer, „die von den Swells“ in den Städten ausgeheckt werden, und womit sie glauben, daß sie dem Lande einen Gefallen tun. Uns haben sie auch einen Priester auf die Station geschickt.“

Die anderen lachten.

„Das paßt auch für Euch, verdammt Eure Augen!“ rief Mac, ein Stockeep von Nord-West-Vend, ein Mann, der zeitweilig hinter Schafschwänzen hertrieb, muß es sich auch gefallen lassen, daß sie ihm einen Schwarzrod in den Pelz fegten.“

„Schafschwänze hertrieben“, brummte Dick ärgerlich, „Auch oder Schafschwänze, bleibt sich verdammt gleich, und wenn ich Pferdefleisch unter dem Felde hätte, wollten wir einmal sehen, wer von uns wohl die häßlichsten Frenzen und Gräben am besten annähme, Ihr Stockeep Ihr,

die Ihr Euch immer für etwas Besseres haltet, oder wir Schäfer.“

„Unsinn“, sagte Jack, ein anderer Schäfer, der mit Dick von einer Station gekommen, „laßt die alten Neckereien, wo wir hier um eine Flasche Brandy sitzen.“

„Und ob das nicht auch eine blutige Schande ist“, rief Mac Pherson lachend dazwischen, „daß es eben nur eine ist.“

„Nun, so macht Ihr, daß es zwei werden“, rief Bob herausfordernd, „wir brauchen unser Geld nötiger, als es hier mitten im Busche zu lassen. Donnerwetter, Jungens, diesmal wollen wir den Swells in Adelaide einmal auf den Pelz rücken und ihnen zeigen, daß die Murray-Jungen auch nicht eben nur im Busche zu Hause sind.“

„Nah, Guter Geld“, rief Mac Pherson verächtlich und mit einem Fluche, der selbst den Ochsentreibern keine Schande gemacht hätte, „wer hat denn von Euren Gelde gesprochen? Wenn ich Euch zu etwas einlade, so werde ich doch auch nicht von Euch verlangen, daß Ihr es bezahlen sollt. Aber, Jungens, ich habe einen ganz verdammt guten Hirschbrandy bekommen, mild wie Butter und feurig wie — wie —“

„Na, zum Henker mit Euren Vergleichen“, rief Bob ungeduldig, „schafft den blutigen Stoff her, das ist die Hauptsache, die Vergleiche wollen wir uns dann schon selber machen, was kostet der Brandy hier?“

„Das hat Zeit“, sagte Mac Pherson, indem er rasch nach dem Hause zuschritt, „erst versucht nur einmal den andern.“

„Hast Du denn die schwarze Polizei gesehen, Mac?“ nahm Bob, als der Wirt fort war, das Gespräch von vorn wieder auf, „verdamm! die Kerle, hier sind sie doch nicht durchgekommen.“

„Oh bewahre, durch den Busch haben sie sich hinaufgedrückt“, erwiderte der Angeredete, während ihm die anderen aufmerksam zuhörten. — „Waren, wie ich glaube, auf der Fahrt von ein paar „old coves“, die sich dort herum irgendwo „gepflanzt“ hatten. Zum Nord-West-Vend kam einer von ihnen herüber und schickte so einen anderen Geldbuckel ab, der die Grenzpolizei von Südastralien auch dort hinauf rufen sollte.“

„Na, die könnten wir hier oben noch brauchen!“ rief Dick, indem er, einen Fluch ausstoßend, mit der Faust vor sich auf den Boden schlug, „das blutige Gefindel hat uns hier







eilenden Nachbar gelang es zu retten — die Frau und das Kind für die Armenpflege, den Mann für das Zucht-  
haus.

Die Geschichte des Arbeiters Belzer ist nicht die Ge-  
schichte eines einzelnen, vom Unglück ganz ungewöhnlich  
schwer verfolgten Menschen, sondern sie ist das Symptom  
eines Massenleidens. Täglich wir uns doch darüber  
nicht, daß es seit Beginn der letzten Krise in Berlin und den  
anderen Industriestädten Deutschlands Laufende gibt, die  
von der Tat des Peter Belzer nur noch ein schmaler Graben  
trennt. Gewiß, die Millionen arbeitender Hände finden noch  
immer zur Not Nahrung und Unterkunft, aber die Krise  
greift wahllos einen nach dem andern aus ihrer Mitte, um  
sie in eine Tiefe hinabzuschleudern, aus der es für viele kei-  
nen Aufstieg gibt. Soeben veröffentlicht die Verwaltung des  
städtischen Obdachs in Berlin ihren Geschäftsbericht für das  
Geschäftsjahr 1907/08; er weist gegen das Vorjahr eine Er-  
höhung der Frequenzziffer um 800 000 bis auf 629 178 auf.  
Zum ersten Male waren in diesem Jahre 4000 Personen  
ins Obdach gekommen, in 48 Tagen des Jahres stieg die  
Besuchsziffer auf mehr als 3000 Personen. Man vergewen-  
dige sich diesen Massenzug des Glends, die ungeheure  
Schar jener, in deren Lebensschicksal sich dieses Jahr wie  
ein furchtbares Brandmal eingegriffen hat — und man er-  
innere sich daran, daß nach einem Ausspruch des deutschen  
Kaisers jeder deutsche Arbeiter seine gute und gesicherte Exi-  
stenz hat.

Seit der Breslauer Rede Wilhelms II. sind erst wenige  
Jahre vergangen, aber seitdem hat die öffentliche Meinung,  
soweit sie von bürgerlichen Forderungen diktiert wird, im Sinne  
des kaiserlichen Redners gewaltige Fortschritte gemacht. Der  
Ausspruch des Kaisers schien damals so gänzlich aus der  
Welt der Wirklichkeit herauszufallen, daß auch aus dem  
bürgerlichen Lager Stimmen des Protestes laut wurden.  
Das Zeitalter des sozialen Königtums, der Nationalsozialen  
und der naturalistischen Weberdramatik war damals noch  
nicht völlig überwunden. Seitdem hat sich der Einfluß  
agrarischer und industrieller Unternehmerverbände auf das  
geistige Leben Deutschlands immer schärfer ausgeprägt;  
dieser hat das soziale Empfinden als überflüssige „Humanität-  
duselei“ bekämpft, er hat den zahmen Kathedersozialismus  
noch enger an die Kette gelegt und den Glauben an  
soziales Menschenelend aus den bürgerlichen Kreisen so gut  
wie völlig ausgerottet. Dafür ist das kaiserliche Paradoxon  
zum obersten Glaubensartikel aller staatsbehaltenden Be-  
kenntnisse geworden.

Man rühmte sich, die „Verelendungstheorie“ von der wirt-  
schaftlichen Entwicklung widerlegt zu sehen und vergaß dabei,  
daß diese Verelendungstheorie ein Element der sozialen Hoff-  
nung war. Das wachsende Elend sollte sich immer tiefer in  
das Bewußtsein der Menschen einprägen, bis der Tag kam,  
an dem sie es nicht mehr ertragen konnten und die Ketten  
der Not und Knechtschaft mit einem Ruck von sich schleuderten.  
Stagnierendes, dem sozialen Bewußtsein entrücktes Massen-  
elend ist schlimmer als jähe Verelendung und es bleibt  
schlimmer, wenn uns auch gewissenhafte Statistiker die Hoff-  
nung geben, daß dieses Elend nach gewissen Progressionen  
immer geringer werde und sich im Verlauf von einigen Jahr-  
tausenden gleichsam von selber amortisieren könnte. Dagegen  
ist von sozialistischer Seite oft und oft darauf hingewiesen  
worden, daß zunehmendes Elend an sich noch kein Hebel des  
Fortschritts sei, sondern daß nur bewußtes, von den Massen  
mitempfundenes Elend befreiende Gedanken und Taten ge-  
bildet. Daran vermögen Verelendungs- oder Verbesserungst-  
abellen der Statistiker nichts zu ändern: es gibt mehr Elend  
auf der Welt und im Deutschen Reich, als zu ertragen  
menschlich ist. In dieser Tatsache liegt die Berechtigung  
des Sozialismus.

## Genossenschaftsbewegung.

**Krämer und wöchentliche Lohnzahlung.** In Ober-  
schlesien herrscht, wie in vielen anderen Berg- und Hütten-  
bezirken, als Regel noch die monatliche Lohnberechnung, der  
in der Zwischenzeit eine Abschlagszahlung folgt; die Lohn-  
zahlperioden sind also vierzehntägig. Nun ist in Ober-  
schlesien eine Bewegung im Gange, die wöchentliche Lohnung  
einzuführen; sie soll auch schon probeweise hier und da ein-  
geführt sein, und die Unternehmer sollen sich damit all-  
mählich befreunden. Zweifellos hat die wöchentliche Lohn-  
zahlungsform für die Arbeiter wesentliche Vorteile vor der  
vierzehntägigen oder monatlichen Auszahlperiode, vor allem  
schon von dem Standpunkte der Wichtigkeit des Bar-  
zahlens an die Lieferanten der Lebensmittel. Wo die  
monatliche Auszahlung noch herrscht, da haben wir in der  
Regel auch den volkswirtschaftlichen Mißstand des Vorgehens  
beim Krämer.

Sonderbar war nun, daß letzthin die Nachricht durch  
verschiedene Blätter ging, wonach die Arbeitererschaft die  
wöchentliche Lohnung da, wo sie schon eingeführt sei, wieder  
abgeschafft sehen wolle. Die Sache war wirklich höchst  
sonderbar. Was aber steckte dahinter? In Nr. 32 der  
„Deutschen Arbeiterzeitung“, finden wir des Rätsels Lösung.  
Es heißt da:

„Die Blätter sind getäuscht worden. In Zabrze fand  
zwar eine Versammlung statt, in der eine solche Stimmung  
zum Ausdruck kam, nur war es keine Arbeiterver-  
sammlung, sondern, wie ein schlesisches Blatt berichtet,  
eine Versammlung von Interessenten aus  
dem Gewerbebestande, die befürchten, daß der Ar-  
beiter bei der Wochenlohnung besser rech-  
nen und weniger verbrauchen wird, als  
wenn er nur zweimal im Monat eine größere  
Summe in die Hand bekommt. Die in das soziale  
Leben der Arbeiterbevölkerung in Oberschlesien tief ein-  
schneidende Neuerung gewinnt im Gegenteil auch unter  
den Industriellen immer mehr Anhänger, und da auch die  
Arbeitererschaft immer dringender darum vorstellig wird, so  
dürfte die allgemeine Einführung der wöchentlichen Aus-  
zahlung im ober-schlesischen Industriebezirke nicht mehr all-  
zulange auf sich warten lassen.“

Wir lernen hier also einen Teil der Detaillisten von einer  
neuen, nicht gerade günstigen Seite kennen. Bei dem Vorgehen  
kamen sie so schön auf ihre Kosten. Sie wurden ihre  
schlechten Waren los, schreiben dieselben gut an und hatten  
die armen Arbeiter so schön in der Hand. Nebenbei ließ sich  
noch heuchlerisch auf die bösen Konsumvereine schimpfen, die  
den armen Arbeitern nicht börgen.

Da kam die Wochenlohnung, und die Arbeiter konnten  
sich aus den Krallen des Borgteufels befreien. Es war Ge-  
fahr vorhanden, daß die Arbeiter „besser rechnen lernten“  
und sich nicht mehr soviel nicht direkt nötige Waren an-  
schaffen ließen, als wie es beim Borgen üblich ist. Der  
Gefahr mußte vorgebeugt werden: so suchten die Krämer  
durch Irreführung der Zeitungen ein falsches Bild zu  
geben.

Es ist dies ein Beweis mehr dafür, welches Hemmnis  
für den Kulturfortschritt die rückständigen Krämer sind, die,  
wie aus diesem Bildchen zu entnehmen ist, ihr Einkommen  
zum Teil direkt auf die Unwissenheit und Hilflosigkeit der  
armen Konsumenten zu begründen suchen. Die Konsum-  
genossenschaften sind daher eine kulturfördernde Kraft, indem  
sie das Borgsystem bekämpfen und den Konsumenten da-  
durch allein schon in eminentem Maße nugen.

## Der Kaiser, die Handwerker und die Konsumgenossen-

schaften.  
Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ veröffentlicht  
folgende aus dem „Journal der Uhrmacherkunst“ vom  
1. Juli 1895 stammende Notiz:

Der Kaiser hat es bekanntlich abgelehnt, eine  
Abordnung des Allgemeinen deutschen Handwerker-  
bundes, welche ihm die Beschlüsse des im April zu  
Halle abgehaltenen VIII. deutschen Handwertertages zu  
überreichen gedachte, die erbetene Audienz zu  
bewilligen. Das Organ des Bundes, die „Allgemeine  
Handwerkerzeitung“, führt diese Entschliebung auf Ein-  
flüsse zurück, die der Handwerkerbewegung nicht geneigt  
seien, es liegt jedoch kein Anlaß vor, die Gründe für den  
abgeschlagenen Bescheid anderswo als in dem Verlaufe des  
letzten Handwertertages zu suchen. Es wurde dort, und  
zwar nicht von Handwerksmeistern, die an öffentliches  
Auftreten nicht gewöhnt sind, sondern von recht geschulten,  
zum Teil parlamentarisch geschulten Rednern eine Sprache  
geführt, wie sie zwar an sich nicht unerhört war, aber  
kaum jemals in einer Versammlung vernommen worden  
ist, die auf eine Huldsbezeugung des Monarchen reflektierte.  
Wir sehen ab von dem Tone, in dem die obligatorische  
Zinnung und der Befähigungsnachweis gefordert worden  
sind, und erinnern nur an die Art und Weise, wie sich der  
Handwertertag über Genossenschaften, deren Förderung  
sich die Regierung des Kaisers und Königs angelegen sein  
läßt, in Rede und Beschluß ausgelassen hat. Der erste  
Satz aus der ersten der Resolutionen, die bei der Audienz  
überreicht werden sollten, lautet:

„Der VIII. Allgemeine deutsche Hand-  
wertertag verurteilt die Konsumvereine  
als einen Übergriff nackter Selbstsucht in  
die Existenz und das Recht des Nächsten; er  
sieht in ihnen den Keim zu völliger Zer-  
störung unserer gegenwärtigen Gesell-  
schaftsordnung und Untergrabung der Mo-  
narchie infolge ihrer sozialistisch-kommu-  
nistischen Tendenz.“

Aus den Verhandlungen ging hervor, daß der Vor-  
wurf nackter Selbstsucht nicht etwa nur gegen die Mit-  
glieder von Genossenschaften, welche den Bezug von Ge-  
genständen des Lebensbedarfs vermitteln, sondern auch  
gegen die Begründer und Mitglieder von Konsumvereinen,  
welche der Bervollkommnung und Verbilligung der ge-  
werblichen Produktion dienen, gerichtet werden sollte.  
Der Referent hatte die landwirtschaftlichen Kon-  
sumvereine, die ganz wesentlich und zumeist aus-  
schließlich Einkaufsgenossenschaften zur Beschaffung  
des landwirtschaftlichen Bedarfs sind, ausdrücklich  
in die „verurteilten“ Vereinigungen mit einbezogen, und der  
durch einen Widerspruch aus seiner Mitte auf die Trag-  
weite des Beschlusses aufmerksam gemachte Handwertertag  
hat der Resolution nach Zurückweisung jenes Einwandes  
durch seinen Vorstehenden zugestimmt. Der Referent, der  
Reichstagsabgeordnete Meyner, hatte seinen Vortrag nicht  
beendet, ohne diejenigen, welche Konsumvereine gründen,  
mit der Bezeichnung „Käuberbande“ zu belegen. Ver-  
gegenwärtigt man sich ein solches Verhalten und erwägt  
zugleich, daß dem preussischen Landtag ein von drei Mi-  
nistern des Kaisers und Königs unterzeichneter Geseken-  
wurf vorliegt, welcher den ausgesprochenen Zweck ver-  
folgt, die Gründung namentlich auch von Einkaufsgenoss-  
schaften zu begünstigen, so begreift man den dem Hand-  
werkerbund gewordenen Bescheid.

Das war vor 13 Jahren. Inzwischen haben es die Kon-  
sumvereine kaum gelernt, sich manierlicher auszudrücken,  
wenn sie auch aus taktischen Gründen die landwirtschaftlichen  
Bezugsgenossenschaften etwas besser behandeln. Wie die Auf-  
fassung bei Hofe heute ist, weiß man nicht, da die Hand-  
werker ihren Versuch in letzter Zeit nicht mehr wiederholt  
haben.

**Der Konsumverein als Preisregulator und die belei-  
digten Krämer.** In dem kleinen, abgelegenen Landstädtchen  
Baumholder, nicht weit vom Oberstein an der Nahe, wurde  
ein Konsumverein gegründet, als die Industrie in dem  
Städtchen Eingang gefunden hatte. Der Konsumverein setzte  
die Preise niedriger als die Krämer des Ortes. Kaum  
war das geschehen, als die Krämer durch Ausrufen mittels  
der Ortschelle die Warenpreise noch unter diejenigen des  
Konsumvereins setzten. Nicht weniger als 37 Artikel sie-  
len über Nacht im Preise, darunter das Brot von 85  
auf 72 Pf., Wurst von 100 auf 60 Pf., Dörrfleisch von 100  
auf 80 Pf., Petroleum von 23 auf 18 Pf. usw. Dieser  
plötzliche Preisfall rief unter der Bevölkerung Überraschung  
hervor, da allgemein angenommen wurde, die Krämer hätten  
bis dahin das Publikum im Preise übervorteilt. Dieser Ein-  
porung gab denn auch ein Artikel der „Volksmacht“ in  
St. Johann Ausdruck. Er nannte das Verhalten der Lebens-  
mittelhändler schamlos, die jahrelang ihren Mit-  
menschen das Geld aus der Tasche genommen  
hätten. Obwohl nun 19 Lebensmittelhändler in  
Baumholder sind, sühten sich nur fünf Krä-  
mer beleidigt, stellten Strafantrag gegen Leimpeters  
als Redakteur und Kleinauf als Verfasser des Artikels, dem  
die Staatsanwaltschaft zu Saarbrücken stattgab, im öffent-  
lichen Interesse Anklage erhob und die Sache dem Schöffens-  
gericht Baumholder überwies. In der Verhandlung am 5.  
August gaben die beteiligten Krämer die Richtigkeit aller  
Angaben in dem Artikel zu, behaupteten jedoch, ihre vor-  
herigen höheren Preise seien keine „schamlose“ Übervorteilung  
des Publikums gewesen. Den plötzlichen Preisfall hätten sie  
in ihrem eigenen Interesse vorgenommen, um den Kon-  
sumverein als Konkurrenzgeschäft nicht auf-  
kommen zu lassen; weshalb sie mehrere Warensorten  
unter Einkaufspreis verkauft hätten! Der als Staatsanwalt  
fungierende Bürgermeister beantragte gegen Kleinauf Frei-  
sprechung, da ihm die Verfasserenschaft nicht nachgewiesen  
worden sei, gegen Leimpeters 4 Monate Gefängnis! Das  
Gericht verurteilte L. zu 80 Mk. Geldstrafe, hielt ihm zugute,  
daß die Angaben des Artikels der Wahrheit entsprechen und  
daß durch das Vorgehen der Krämer das Publikum  
sich wirklich genasführt und betrogen ge-  
fühl habe. Kleinauf mußte freigesprochen werden.

## Auswanderer-Elend.

In der letzten Zeit mehrten sich in der galizischen  
Presse die Klagen über die unglaubliche Ausbeutung der  
überseeischen Auswanderer. Die polnischen und rutheni-  
schen Arbeiter und Bauern, die ins fremde Land gehen,  
kennen nur ihre eigene Sprache. Drüben angekommen,  
stehen sie hilflos da, ein willkommenes Ausbeutungsobjekt  
für rücksichtslose Kapitalisten und betrügerische Menschen-  
händler. Speziell aus Kanada sind in der letzten Zeit ge-  
radezu ungeheuerliche Tatsachen bekannt geworden. Fol-  
gender Fall ist besonders charakteristisch:

Auf dem Bahnhof in Montreal steht eine Aus-  
wanderergruppe, aus etwa 80 Polen und Ruthenen be-  
stehend. Ihr Reiseziel ist Winnipeg, wo sie sich als Kolo-  
nisten ansiedeln wollen. Englisch verstehen sie nicht. Da

treten an die Leute zwei Männer heran und erklären  
ihnen, sie seien Beamte, denen der Schutz der Einwanderer  
anvertraut sei. Die Leute erzählen den „Beamten“, was  
sie vorhoben und lassen sich geduldi an einen anderen  
Bahnhof führen. Die Wagen werden zugeschlagen, der  
Zug dampft ab, in der vom beabsichtigten Reiseziel gerade  
umgekehrten Richtung. So werden die Leute in die wilde  
Gegend von Ontario geschleppt. In scheußlichen Baracken  
untergebracht, ausgehungert und mißhandelt, kommen  
die Leute bald zur Besinnung. Nach einigen  
Wochen schwerer Arbeit beim Grabenbau  
erhalten sie nicht einen Pfennig Bargeld. Da entschließt  
sich ein Teil der Gruppe, durch Flucht der unmenschlichen  
Ausbeutung zu entgehen. Die Sklavenjagd beginnt.  
Einige Aufseher suchen die Leute zu fangen und durch  
Revolvergeschüsse aufzuhalten. Vier Tage verbringen unsere  
Flüchtlinge im Walde. Ausgehungert, müde, erschöpft,  
gelangen sie dann erst ohne Geld und Nahrungsmittel ins  
Städtchen Engelhardt. Nach einigen Tagen werden sie  
nachts von der Polizei wegen Kontraktbruchs verhaftet.  
Am nächsten Tage sollten sie zu ihrem Ausbeuter zurück-  
transportiert werden. Als die Arbeiter Lärm schlugen,  
wurden sie geschlagen und mit Revolvern bedroht. Vom  
Lärm angelockt, kommen viele Einwohner dazu und  
schlagen die Arme von weiteren Mißhandlungen. Schließlich  
erlangt ein Rechtsanwalt die Entlassung der Arbeiter,  
aber nur unter der Bedingung, jeder von ihnen müsse für  
Kosten und Transport 52 Dollar zahlen. Natürlich ver-  
süßte keiner der Leute über die geforderte Summe. Den  
Leuten wurden ihre letzten Sachen abgenommen, dann  
zwang man sie, zur alten Arbeitsstätte zurückzukehren, um  
das geforderte Geld zu verdienen.

Ein anderes Beispiel ist ebenso grau: In Toronto  
werden die Einwanderer am Bahnhof von einem Agenten  
aufgefangen, der ihnen die Hilfe eines „Arbeits-Nachweis-  
Bureaus“ anbietet. Im Bureau läßt man die Leute Kon-  
trakte unterschreiben, wonach der „Direktor“ des Bureaus  
berechtigt ist, für Lieferung von Wohnung, Kleidung und  
Nahrung in den ersten fünf Monaten den Lohn der Ar-  
beiter einzubehalten. Natürlich war das Schriftstück eng-  
lisch abgefaßt — die Leute verstanden kein Wort davon.  
Nach fünfmonatiger schwerer Arbeit beim Bahnbau emp-  
fang auch jeder der Betroffenen etwa 5—7 Dollar an Bar-  
lohn. Alle Lebensmittel waren 5—6 mal über den Laden-  
preis berechnet worden.

Letzthin ist in Krakau eine Gesellschaft unter dem  
Namen Opaznosc (Vorschau) entstanden, die sich mit  
der galizischen Auswanderung befaßt. Die Gesellschaft gibt  
an, gemeinnützige Ziele zu verfolgen, tatsächlich ist es ein  
geschäftliches Unternehmen, das die Arbeiterschaft meiden  
wird. In den letzten Wochen hat diese Gesellschaft im  
russisch-polnischen Kohlenrevier (an der ober-schlesischen  
Grenze) Kletterschreiben verbreitet, um polnische Bergleute  
zur Auswanderung nach Kanada zu veranlassen. Die Ge-  
sellschaft rechnet offenbar damit, daß die unseidlichen politi-  
schen Zustände, die unaufhörlichen Massenverhaftungen in  
Russisch-Polen tatsächlich zahllose Arbeiter zur Emigration  
zwingen. In dem Reklamebrief heißt es, der Mindestlohn  
für Bergleute betrage 2 Dollar, für einfache Grubenarbeiter  
1½ Dollar pro Schicht. Bei Vorlegung guter Zeugnisse  
könne ein Reisevorschuß bis zu 70 Rubel gegeben werden.  
Es ist klar, daß ein solcher Vorschuß die volle Abhängig-  
keit des Einwanderers von dem kanadischen Kapitalisten  
zur Folge haben würde. Bei der Vormeldung fordert die  
Gesellschaft eine Anzahlung von 10 Rubel. In einem  
Briefe der Gesellschaft an einen Arbeiter aus Sosnowice  
(Russisch-Polen) vom 2. August heißt es:

Wir bestätigen Ihnen, daß der Vorstand der eng-  
lischen Gruben in Kanada den Reisevorschuß von 70 auf  
40 Rubel herabgesetzt hat, da sehr viele Personen auf  
eigene Kosten fahren. Wie uns die dortigen Vorstände  
mitteilen, streben sehr viele Personen aus Deutschland  
nach Kanada und bezahlen die Reise selbst. Wer  
also nach Kanada fahren will, muß mindestens 60 Rubel  
haben.

Es wäre gut, wenn die Leitung der Berg-  
arbeiterorganisation feststellen würde, ob in  
Deutschland tatsächlich Werbungen vorgenommen werden,  
und außerdem, wie es mit den tatsächlichen Arbeitsver-  
hältnissen in den kanadischen Gruben aussieht.

Im übrigen beweisen die vorstehenden Zeilen wie-  
derum, wie dringend notwendig es ist, daß die Arbeiter-  
schaft die Auswandererfrage mit nachsender Aufmerksam-  
keit verfolgt.

## Aus Nah und Fern.

**Das Schulleid in Oberschlesien.** Der Regierungs-  
präsident von Oppeln hat, wie die „Berliner Volkszeitung“  
erfährt, eine Verfügung erlassen, in der er auf die mangel-  
hafte Kenntnis der deutschen Sprache bei der heranwachsenden  
Jugend aufmerksam macht. Er bemerkt in dem Erlasse an  
die Schulbehörden, daß eine größere Zahl der in die Fort-  
bildungsschulen eintretenden Schüler die deutsche  
Sprache nicht in erforderlichem Maße beherrscht. Es fehlt  
an mündlicher und schriftlicher Ausdrucksfähigkeit. Diese  
Rückständigkeit müsse mangelndes Verständnis für den be-  
sonderen und fachlichen Unterricht zur Folge haben. — Eine  
schärfere Beurteilung des Schulweidens in Folge des  
Oppelner Regierungspräsidenten ist nicht gut denkbar.  
Preußen gibt Millionen aus, um polnische Güter zu er-  
werben, die deutschen Schulen in den polnischen Landes-  
teilen sind aber derart beschaffen, daß die Kinder nach einer  
Schulzeit von acht Jahren noch nicht einmal die deutsche  
Sprache beherrschen gelernt haben.

**Der Mord im Schwarzwald.** Der Mörder von Gries-  
bach, der den Kaufmann Gschweimer aus Köln ermordete, ist  
am Donnerstag in Genf verhaftet worden. Über die Ein-  
zelheiten der Verhaftung wird aus Genf berichtet: Am Mitt-  
woch abend meldete sich ein sehr wohlgekleideter junger  
Mann beim hiesigen Zeughauspolizeiposten und verlangte  
eine Logierkarte für das Nachtajhl. Der Polizeichef Obrist  
und der Polizeimann Blum fanden beim ersten Anblick des  
Fremden, daß das Signalment eines wegen Raubmordes  
strebriestlich verfolgten Individuums auf denselben passe,  
und trotz aller Proteste setzten sie den jungen Mann in  
Haft. Am Donnerstag vormittag wurde er durch Polizei-  
kommissar Battaly unter Anwesenheit des Sekretärs Borel  
verhört; er leugnete jedoch hartnäckig. Als man ihm die  
Effekten abnahm, fand man in seinem Besitze einen Brow-  
ning-Revolver mit zwei Kugeln geladen und außerdem in  
eine Enveloppe eingewickelt zehn weitere scharfe Patronen.  
Bei der Verhaftung fand man die gesuchte goldene Uhr



nicht, aber bei der zweiten Untersuchung im Laufe des Verhörs kam eine Kontrollmarke des Uhrenhauses Bader in Genf zum Vorschein. Janson — so heißt der russische Mörder — gab an, er habe die Uhr in dem genannten Geschäft zur Reparatur hinterlassen, worauf sofort ein Polizist für die Kontrollmarke dieselbe auslöste, die, wie es sich herausstellte, diejenige des erschossenen Fabrikanten Enshelmer war. In die Enge getrieben behauptete nun der Raubmörder, er habe die Uhr und auch die anderen bei ihm gefundenen Gegenstände von einem Unbekannten in einer kleinen Stadt in der Nähe von Freiburg i. Br. gekauft. Trotz der belastenden Indizien beteuerte Janson fortwährend seine Unschuld, ohne jedoch gegen die bevorstehende Auslieferung zu opponieren. Die Genfer Polizeidirektion hat sofort das schweizerische Polizei- und Justizdepartement telegraphisch von der Verhaftung in Kenntnis gesetzt und auch die Staatsanwaltschaft von Offenburg (Baden), die für die Ergreifung des Täters eine Prämie von 500 Mk. ausgeschrieben hat, über den Fall benachrichtigt. Die genannte Summe wird unter die zwei Polizisten verteilt, welche die Verhaftung vorgenommen haben, und der Raubmörder wird unverzüglich an Baden ausgeliefert. Dem erschossenen Opfer hatte er das Portemonnaie mit einem Betrag von 40 bis 80 Mk. abgenommen, die er in Genf aufbrauchte; als er dann mittellos da stand, ersuchte er beim genannten Polizeiposten um Hilfe.

**Das „Hochzeitsgeschick“.** Eine seltsame Überraschung am Hochzeitsabend wurde einem neuvermählten Paare in Berlin zuteil. Ein junger Kaufmann, der Sohn eines wohlhabenden hiesigen Kolonialwarenhandlers, feierte seine Vermählung mit einer Hausbesitzerstochter aus einem westlichen Vorort. Das mit vielem Aufwand gefeierte Hochzeitsfest verlief ohne jede Störung, nur fiel allgemein die gedrückte Stimmung des Bräutigams auf. Als aber das junge Paar die Gesellschaft verließ und sich in sein prächtig eingerichtetes Heim im Neuen Hansviertel begab, härrte seiner etwas ganz Unerwartetes. Als sie die Zimmertür aufschlossen, schallte ihnen ein rätselhaftes Gemurmel entgegen, das bald in ein richtiges Kindergeschrei überging. Beim Scheitern der rasch angelegten Lampe entdeckten sie auf dem Bette ein etwa ein halbes Jahr altes Mädchen im Stecktiffen. Bei dem Kinde lag ein an den Jungen Ehemann adressiertes Schreiben der Mutter des Säuglings, der er früher sehr nahegestanden hatte. Der Kaufmann gestand seiner jungen Frau alles und gab ihr das Versprechen, das Kind am folgenden Tage aus dem Hause zu entfernen und für seine Zukunft zu sorgen. Die verlassene Geliebte, die ihn in dieser eigenartigen Weise an seine Pflichten erinnerte, hatte sich für die Angestellte eines Büchergeschäfts ausgegeben und das Kind in einem Karton als „Hochzeitsgeschenk“ eingeschmuggelt.

**32 Meuterer vom „Potemkin“** sind dieser Tage nebst 6 Frauen und 7 Kindern in Kattibor eingetroffen, wo sie sämtlich in der Auswandererhalle untergebracht wurden. Sie waren seinerzeit nach Kumanien entflohen, und haben bisher in dortigen Petroleumgruben gearbeitet. Jetzt befinden sie sich auf der Reise nach England. In Kattibor waren sie nur genötigt, auf weitere Reisegebelde zu warten.

**Der Polizeispizel ist nicht strafbar.** In dem polnischen Massenprozeß, der demnächst die Strafkammer in Gleiwitz beschäftigen wird, sind, wie die „Schles. Wtzg.“ meldet, den Angeklagten bereits die Anklageschriften zugegangen. Angeklagt sind gegen 100 Mitglieder der polnischen Arbeitervereine Kuda, Wiskupin und Jabrze. In die Angelegenheit spielt, wie die „Germania“ feststellt, ein interessanter Zwischenfall hinein. Der Rechtsbeistand hatte gegen den Kriminalbeamten B. aus Jabrze eine Anzeige wegen intellektueller Urkundensälfchung erstattet. B. war nämlich unter falschem Namen dem Wiskupiner Verein beigetreten und hatte die Schriftstücke mit dem falschen Namen unterzeichnet. Das so angefertigte Mitgliederverzeichnis war auch der Behörde eingereicht worden. Die Staatsanwaltschaft hat aber ein Eingreifen gegen den Beamten abgelehnt, weil diesem das Bewußtsein der strafbaren Handlung gefehlt habe. Auf denselben Standpunkt stellte sich die Oberstaatsanwaltschaft, an welche Beschwerde gegangen war. — Demnach scheint der Prozeß wesentlich das Werk polizeilicher Spitzelei zu sein. Daß dem Kriminalbeamten, der schließlich mit einem falschen Namen unterzeichnet, das Bewußtsein gefehlt hat, eine strafbare Handlung zu begehen, kann für den Kenner der deutschen Justiz nicht weiter verwunderlich sein.

**Anarchistenfurcht.** Wilhelm II. weilt in diesen Tagen in Mex und wie üblich, benützt die politische Polizei diese Gelegenheit, um ihre Nützlichkeit zu erweisen. Deutsche Anarchisten gibts dort nicht, deshalb behilft man sich mit Italienern, die im lothringischen Industriegebiet arbeiten. Die von dort gemeldet wird, finden fortgesetzt Hausdurchsuchungen statt, auch sind bereits vier „Verdächtige“ verhaftet worden. Die Losspizel haben sich natürlich wieder gedrückt.

**Aus Byzanz.** Der jetzt 23jährige Kronprinz macht Studien bei der preussischen Bureaufraute, oder wie die bürgerliche Presse mit wichtiger Gebärde meldet: er bereitet sich in der inneren Verwaltung auf seinen künftigen Herrscherberuf vor. Gutes ist nun freilich bei der Bureaufraute nicht viel zu holen, im Gegenteil, seit mehr als einem halben Jahrhundert wird in politisch einigermassen fortgeschrittenen Kreisen ein erbitterter Kampf gegen die verächtliche Bureaufraute geführt. Vernichtende Urteile sind gefällt, schärfste Worte von hervorragenden Politikern und Gelehrten gegen die Bureaufraute gesprochen worden. Nichts hat es genützt, die feile bürgerliche Presse nahm kaum Notiz davon. Jetzt fällt es dem Kronprinzen ein, der die Bureaufraute doch nur sehr oberflächlich kennen kann, einige Bemerkungen zu dem Thema zu machen, und wie ein Wirbelwind ist die bürgerliche Presse hinter der Großtat her. Der Kronprinz soll gesagt haben: „Der Landrat darf nicht noch mehr als schon bisher an den grünen Tisch festgenagelt werden,“ und „fort mit alle dem überflüssigen Altentum!“ Wieviel besser und nachdrücklicher ist das schon gesagt worden, es hat sich nichts gerührt; ein Prinz jagt es und nun wächst den Feigen der Mut und alles schreit gegen die Bureaufraute! Ist doch ein erbärmliches Geschmeiß, die „Großmacht“-Helden von der bürgerlichen Presse.

**Es gibt zu wenig Verbrecher.** Während überall über die schlechte Konjunktur geklagt wird und fortgesetzt Arbeiterbeschäftigungslos werden, scheint es in den Gefängnissen nicht an Arbeit zu mangeln. Im Gefängnis zu Bayreuth klagte der Gefängnisverwalter dem kontrollierenden Staatsanwalt gegenüber, daß es „leider“ an Arbeitskräften fehle, das heißt, es wird zu wenig eingesperrt. Der Staatsanwalt besaß sich, Abhilfe zu schaffen, indem er einer Reihe von Personen den Strafausschub entzog und ihnen „Strafzumängelsbefehl“ erteilte.

**Wieder einer.** In Hüllhorst, einer Landgemeinde im Wahlkreise Minden-Lübbecke wurde während des Schulunterrichts der Lehrer und Kantor Kaiser verhaftet. Er steht unter dem Verdachte, Sittlichkeitsverbrechen an Schülern begangen zu haben. Er war ein eifriger Bekämpfer der Sozialdemokratie und leistete noch bei der letzten Reichstagswahl sein möglichstes in der Verzugsämpfung sozialistischer Partei.

**Die Ursache der Vernichtung des Zeppelinschen Luftschiffes** ist endlich entdeckt. Das „Organ für christlich-religiöse Forschung“, das den schönen Titel „Die Liebe“ führt, hat folgende jedenfalls zutreffende Erklärung für das Ereignis: Das Unglück mit dem Zeppelinschen Luftschiff am 6. August 1908. Ich, Schumi, fragte zweimal den Jehova Jesus wegen des Unglücks, daß das Luftschiff des Zeppelin zerbrach. Er sagte mir: „Ich habe es vernichtet — denn der Hochmut ist allenthalben so groß, daß er alle Grenzen übersteigt; alles preist den Erbauer, der nur ein Werkzeug in Meiner Hand ist, an Mich, den Meister, der Ich in der Brust eines jeden Menschen wohne, denken die Menschen aber nicht, darum sollen sie wissen, daß Ich der Herr, — der Vater der Menschen und Gott des Weltalls bin (Job, I, 3, 20).“ Doch sagte mir der Vater Jesus anfangs, ich solle schweigen, weil die Menschen, statt sich vor Mir, Gott, zu beugen und zu erkennen, daß Ich der Herr und Meister bin, Dem alle Ehre, Lob und Preis gebührt, wenn Ich etwas entdecken, erfinden oder kunstvoll zu Stande bringe lasse, werden sie Mir in ihrer Blindheit „fluchen“. Doch sage Ich dir, wenn die Menschen auch fern denken werden, sie können ohne Mich die Luftschiffahrt zu Stande bringen, so werden sie hin und wieder gar schreckliche Erfahrungen machen. — 2. Nachher kam mir ein Brief von dem Geistesbruder Wilhelm Hof aus Meußen in Württemberg, der mir also schrieb: „Es träumte mir vom 10. auf den 11. Juli folgendes: Ich sah das Zeppelinsche Luftschiff in der Luft. Nun sah ich in der Mitte zwischen der Erde und dem Luftschiff die Gestalt eines Engels, von welchem ein heller Schein auf daselbe hinstrahlte, worauf es wieder sank. Dann hörte ich eine Stimme, die sagte: Der erste Führer ist schwer verlegt und Graf Zeppelin ist tot, worauf eine andere Stimme sagte: Er ist nicht tot. Als ich erwachte, hatte ich den Eindruck, wie wenn der Ballon verbrannt wäre.“ Am 6. August ging der Traum in Erfüllung. — 3. Nun hat ich, Schumi, wieder den Vater Jesus, er wolle mir erlauben, die Menschen darüber in Kenntnis zu setzen, daß er, Gott, Vater und Herr des Menschenschicksals ist und daß die Menschen nur ihn loben und preisen sollen, worauf er es mir erlaubte, dieses kundzugeben. Denn ich wunderte mich, daß die Luftschiffahrt doch zustande kommt, obwohl er mir schon vor längerer Zeit bittert hat, und ich, in meinen Schriften veröffentlicht habe, daß die Luftschiffahrt, ohne Gott allein die Ehre zu geben, nicht ausführbar ist, da Er der Herr der Elemente ist.“ — Na, nun wird sich Zeppelin wohl danach richten, Gott die Ehre geben und sein neues Luftschiff vor Gebrauch erst von einem protestantischen und einem katholischen Geistlichen — doppelt genötigt hält besser und außerdem weiß man nicht, welche Konfession die richtige ist — einsegnen lassen.

**Gesprenzte Freidenkerversammlung.** In Wehrath bei Düsseldorf sollte am Sonntag eine Freidenkerversammlung stattfinden; dieselbe wurde aber nach einem von christlichen Gewerkschaftsführern vorbereiteten Plane gesprenzt. Der Vorsitzende der Versammlung wurde bei dem Versuch, Ruhe zu stiften, von den Führern der Christlichen tätlich angegriffen. Mit Bierseideln wurde geworfen, Stühle saukten durch die Luft, Gegenstände wurden demoliert usw. Der dem Wirt bereitete Schaden dürfte sich auf rund 300 Mark belaufen. Die Polizei sah sich genötigt, mit blanker Waffe einzugreifen. Selbst die Beamten haben die Überzeugung, daß der Überfall vorher von den Christlichen verabredet war. — Ähnliche Vorgänge spielten sich einige Tage vorher aus Anlaß einer Freidenkerversammlung in Wiersen (Rheinland) ab. Dort hatten sich vor dem Lokal eine Anzahl fanatisierter Leute eingefunden, welche suchten, durch ein Steinbombardement, Stöße schlagen, Fohlen und Standalieren die Versammlung zu stören. Der Polizei gelang es nur mühsam, den Janhagel zu vertreiben.

**Sie lassen nicht von ihm.** Die Landwirtschaftsgenossenschaft für Oberhessen wählte in ihrer Generalversammlung den wegen Unterschlagung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilten antisemitischen Landtagsabgeordneten Hirschel einstimmig wieder zum Direktor, trotzdem er die Kasse geschädigt, indem er 30 000 Mk. uneinbringbar und eigenmächtig vertrieben hatte.

**Deutsch-amerikanischer Lehreraustausch.** Neben den Austauschprofessoren gibt es künftig auch Austauschlehrer. Zwischen dem Preussischen Kultusministerium und dem Carnegie-Institut ist ein Abkommen getroffen worden, wonach im Oktober ein preussischer Oberlehrer und sechs Schulkandidaten nach Amerika gehen, um dort zu unterrichten, während zwölf amerikanische Lehrer zu dem gleichen Zweck nach Preußen kommen. — Könnte man nicht auch einmal einige Landräte und ein paar höhere Polizeimeisner austauschen?

**Aus der journalistischen Praxis.** Die „Leipziger Volkszeitung“ erzählt folgenden interessanten Fall: „Am 21. Oktober v. J. brachte unser Blatt eine Notiz über eine Entscheidung wegen langfristiger Lieferungsverträge. Diese Notiz hatten wir einem Sachorgan entnommen. Zwei Wochen später teilte uns ein gewisser Zimmermann in Brühl bei Köln mit, daß er der Verfasser sei und ein Zeilenhonorar von 15 Pfg. beanspruche. Zum Schluß schrieb der Herr Journalist: „Auf eine Ermäßigung des Honorars lasse ich mich unter keinen Umständen ein, da mir im eventuellen Strafverfahren ohne jeden Zweifel von dem Gericht eine Buße zugesprochen wird, die das von mir verlangte Nachdruckhonorar wahrscheinlich übersteigt.“ Nachdem uns so der Journalist Zimmermann den Revolver auf die Brust gesetzt hatte, ersuchten wir ihn, uns nachzuweisen, daß er der Verfasser der Notiz sei. Zimmermann gab uns anheim, uns bei einigen von ihm genannten Blättern zu erkundigen. Wir standen dagegen auf dem Standpunkt, daß Zimmermann uns den Nachweis seiner Verfasserschaft zu erbringen habe und daß nicht wir die Verpflichtung hätten, uns darum zu bemühen. Wir teilten daher dem Zimmermann mit, daß, wenn er uns nicht den geforderten Nachweis führen könne, er nicht auf Zahlung zu rechnen habe. Hierauf sandte uns Zimmermann ein längeres Schreiben, worin er uns liebenswürdig an die Hand gab, unseren jüngsten Seherlehrling zu befragen, ob er (Zimmermann) im Recht sei. In der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ wird aber kein Seherlehrling beschäftigt, also konnte uns der Rat des Zimmermanns nichts helfen. Da aber J. weiter mitteilte, daß er ein Strafverfahren wegen Nachdrucks gegen uns eingeleitet habe, und daß er der Staatsanwaltschaft den präziellen Nachweis seiner Verfasserschaft liefern werde, so nahmen wir an, daß die Sache stimmen werde, und übermies J. daher den geforderten Betrag. Zimmermann nahm das Geld an, erklärte uns aber, daß er den Strafanzug nicht zurückziehe, weil wir ihn schwer beleidigt hätten dadurch, daß wir in unseren Zeitschriften die Formel: Hochachtungsvoll ergebenst weggelassen hätten. Am Sonnabend nun fand die Sache vor Gericht. Zimmermann mußte aber eine große Enttäuschung erfahren. Das Landgericht sprach unseren damals verantwortlichen Reaktor Wendel kostenlos frei. In dem Urteil wird ausgeführt, daß es sich beim nachgedruckten Artikel nicht um eine selbständige wissenschaftliche Arbeit handelte. Es seien zwei Gerichtsurteile fast wörtlich wiedergegeben; von einer geistigen Tätigkeit des Verfassers keine Spur zu entdecken. Es fehlten demnach die Voraus-

setzungen für eine Bestrafung nach den angezogenen Gesetzesbestimmungen. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.“ — Das Urteil ist durchaus richtig und wohl begründet. Es ist auch wichtig, weil es zeigt, wie gewissen „Journalisten“ das Handwerk gelegt werden kann. Seit Inkrafttreten des neuen Urheberrechtsgesetzes hat sich nämlich das Unwesen gewisser „Korrespondenzen“ zu einem Fluch für die Zeitungsredaktionen ausgebildet. Ein alter Brauch ist es, daß allgemein oder weitere Kreise interessierende Gerichtsverhandlungsberichte u. dgl. von einer Zeitung in die andere übernommen werden. Die Voraussetzung war und ist dabei, daß die erste Zeitung die Berichterstattungsarbeit bezahlt hat, und unter den Zeitungen selbst regulierte sich nach stillschweigender, aber allgemeiner Annahme die Sache durch Gegenseitigkeit, da jedes Blatt darauf angewiesen ist, gewisse Nachrichten anderen Organen zu entnehmen. Nun sind aber seit Bestehen des erwähnten Gesetzes die „Korrespondenzbureaus“ wie Pilze aus der Erde geschossen. Sie betreiben die liebliche Praxis, eine oder mehrere Zeitungen unter Umständen kostenlos mit ihrem „Material“ zu versehen, und dann warten sie darauf, daß andere Blätter die Mitteilungen abdrucken, die, der größeren Verlockung wegen, ohne besonderes Zeichen ersahnen, denn diese „Korrespondenzbureaus“ rechnen lediglich auf die „Honorare“, die ihnen auswärtige Blätter bezahlen. Es wird höchste Zeit, daß endlich diesen Vampyren das Handwerk gelegt wird.

**Der norwegische König** wird von Zeit zu Zeit ziemlich herb daran erinnert, daß er nicht „von Gottes Gnaden“, sondern von Volkes Gnaden existiert. Lassen ihn die Ratgeber in seiner engeren Umgebung, sei es aus Unterwürfigkeit, sei es aus mangelndem Verständnis, zuweilen im Stich, so bekommt er die Meinung seines Volkes um so ungeschminkter zu hören. Der König Haakon gab vor einiger Zeit seine Absicht kund, seinem persönlichen Freunde, dem Fabrikbesitzer Eide, dem Direktor der großen Düngefabrik in Notodden bei Kongberg, einen mehrtägigen Besuch abzustatten. Das radikale Organ „Dagbladet“, welches übrigens dem jetzigen norwegischen Justizminister Castberg, einem überzeugten Republikaner, recht nahe steht, richtet gegen den König wegen dieses Besuchsplanes einen heftigen Angriff. Das Blatt stellt dem König in energischen Worten anheim, den Besuch zu unterlassen. Der Grund, den es dafür angibt, läßt sich hören. Bei jener Fabrik ist zurzeit ein scharfer Konflikt zwischen der Direktion und den dort beschäftigten 2000 Arbeitern ausgebrochen. Die Arbeiter sind von der Direktion vor die Wahl gestellt worden, sich entweder zu fügen oder am nächsten Sonnabend ihre Wohnungen, die ihnen von der Fabrik zur Verfügung gestellt worden sind, zu räumen. Gewiß kein geeigneter Zeitpunkt für einen Königsbesuch. Nur wunderbar, daß dem König erst ein radikales Organ sagen muß, daß er durch die Kette den Ansehens erwecke, als nähme er in dem Streit für die Unternehmener Partei. Einen „Kapitalistenkönig“, sagt das Blatt etwas grob, aber nicht unwar, hätten sich die freien Norweger im glorreichen Jahre 1905 in alle Wege nicht fären wollen!

## Literarisches.

**Süddeutscher Postillon** Nr. 18 bringt zur Centenarfeier der Einführung der Steinchen Städteordnung die Entschäpfung des Fusumer Bürgermeisters, ein farbiges Volksbild: Straßenszene Wannee, ein Bild Diavolos; Versicherung a. G. und ein durchschauendes Schlußbild: Die gute alte Zeit da unten. — Aktuell ist auch der Text dieser Nummer: Das Kuratorium, Aktgebiht. — Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. — Ein Martel für den hochseligen Herrn v. Lucanus (Geb.). — Zeppelin-Gedanken. — Der Unparteiliche. — Breußische Anebelet (Geb.). — Zeppelin, sedichtet v. Schneidewitz. — Die Hütte, Gedicht von L. B. — Die Nummer ist in jedem Orte Deutschlands für 10 Pfg. zu haben.

Von der „**Kommunalen Praxis**“ — Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68 — sind die Hefte 32 und 33 erschienen. Der Inhalt ist ein durchaus interessanter und vielseitiger und ist geeignet, allen in der Gemeinde tätigen Genossen Anregung zu gewähren. Zum Preise von 3 Mk. pro Quartal ist die „Kommunale Praxis“ durch alle Parteipediture, Buchhandlungen sowie Postanstalten zu beziehen. Probenummern liefert der Verlag gratis und franco.

**Neu-Berlin** betitelt sich ein geistprühendes Buch des bekannten Malerhumoristen Edmund Edel, in dem er mit scharfer satirischer Feder den heutigen Sprez-Mythen auf den Leib rückt. Schon nach seinem früheren Buch über Berlin galt Edel als der derzeitige beste Kenner und geistvollste Schilderer des modernen Berlinertums, speziell der Kreise, in denen man sich nicht langweilt. Das uns vorliegende neueste Buch von Edmund Edel gibt in acht verschiedenen, packend geschriebenen Kapiteln ein ebenso vielseitiges wie elegant abgerundetes Kulturbild von Neu-Berlin. Jeder Abschnitt kann als ein feuilletonistisches Rabinettstück gelten, jede neue Seite eröffnet aber auch inhaltlich neue Perspektiven, deckt interessante Licht- und Schattenseiten auf, markiert bald Schönheiten, bald Häßlichkeiten, wie sie selbst dem in seine Heimat verliebten, eingefleischten Alt-Berliner neu sein werden. Alles in allem ein packend und unterhaltend geschriebenes Buch für Berliner und Nicht-Berliner, dem sein billiger Ladenpreis (1 Mk., Verlag von Hermann Seemann Nachfolger Berlin NW. 37) schon von vornherein die verdiente große Verbreitung sichern wird.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Heft 17 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek: „**Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers**“ von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen. Das vorliegende Heft — eine Einführung in die menschliche Anatomie und Physiologie — bildet eigentlich die Grundlage für die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Nur wer einigermaßen Bescheid weiß, über den Bau und die Zusammensetzung des Körpers, die Lage und Lebensfähigkeit der gesunden Organe, wird mit dem richtigen Verständnis ausgerüstet sein für den kranken Menschen und die Krankheitsverhütung. Besonders gelungen erscheinen uns in der Arbeit die Illustrationen, die durchaus original, sich von jeder schematischen Behandlung freihalten. Die 5 ersten Bilder zeigen das Skelett, den Schädel, die verschiedenen Gelenkformen, die folgenden geben einen Einblick in die Mundhöhle und die Lage der Brust- und Baucheingeweide, dann folgen fünf treffliche Muskelzeichnungen und in Bild des Hüftnerverlaufs. Das Kapitel „Atmung“ zeigt ein prächtiges Bild von Lungen und Herz, das Kapitel „Blutkreislauf“ eine schematische Darstellung desselben, das Kapitel „Haut“ einen vergrößerten Durchschnitt durch dieselbe. Den Schluß macht ein Kapitel „Die Fortpflanzung“ mit einem Durchschnitt durch das männliche Becken und die männlichen Geschlechtsorgane, einem mikroskopischen Bild eines Samentröpfchens und einer Zelle im weiblichen Eierstock. Preis 20 Pfg. In besserer Ausstattung 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Kolporture und Parteibuchhandlungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Sch w a r z. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.